

**Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

**Korrigiertes Wortprotokoll**

**60. Sitzung**

Berlin, den 30.11.2011, 10:30 Uhr

Sitzungsort: Marie-Elisabeth-Lüders-Haus

Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1 / Schiffbauerdamm, 10117 Berlin

Sitzungssaal: 3.101 (Anhörungssaal)

Vorsitz: Eva Bulling-Schröter, MdB

**TAGESORDNUNG:**

**Öffentliche Anhörung**

zum Thema

**„Biomasse im Spannungsfeld  
von Energiegewinnung und Biodiversität“**

**Tagesordnungspunkt 1**

**S. 8**

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen

Lebensversicherung und Naturkapital: Eine Biodiversitätsstrategie der EU für das Jahr 2020

KOM(2011)244 endg.; Ratsdok.-Nr: 9658/11

**Tagesordnungspunkt 2**

**S. 8**

Bericht der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament

Abschlussbewertung der Umsetzung des Gemeinschaftlichen Aktionsplans zur Erhaltung der Biologischen Vielfalt 2010 (inkl. 14861/10 ADD 1 bis 14861/10 ADD 4)

(ADD 1 bis ADD 4 in Englisch)

KOM(2010)548 endg.; Ratsdok.-Nr: 14863/10

## **Struktur**

### **Biomasse und Biodiversität in den Agrarökosystemen**

- Sachstand zum Rückgang der Biodiversität im Zusammenhang mit der Biomasseerzeugung,
- ökologische Auswirkungen dieser Entwicklung,
- Steuerung durch Biokraftstoffquote und EEG,
- Berücksichtigung der Biodiversität bei der Weiterentwicklung der Landwirtschaftspolitik und den Nachhaltigkeitskriterien für den Biomasseanbau,
- Auswirkungen des weiteren Biomasseanbaus auf die nationalen, europäischen und internationalen Biodiversitätsziele;

### **Bioenergie und Biodiversität in den Waldökosystemen**

- Sachstand zur Biomassenutzung aus dem Wald, insbesondere für den Wärmesektor und dessen Einfluss auf die Biodiversität,
- ökologische Auswirkungen dieser Entwicklungen mit besonderem Blick auf die Senkenfunktion des Waldes und die Ziele der nationalen, europäischen und internationalen Biodiversitätsstrategien,
- Auswirkungen von EEG und EEWärmeG und Möglichkeiten zur Steuerung der Entwicklung,
- Berücksichtigung von Biodiversität bei den Nachhaltigkeitskriterien für ökologische Waldnutzung.

## Anwesenheitsliste\*

### Mitglieder des Ausschusses

#### Ordentliche Mitglieder des Ausschusses

##### **CDU/CSU**

Brand, Michael  
Caesar, Cajus  
Dött, Marie-Luise  
Flachsbarth, Maria, Dr.  
Gebhart, Thomas, Dr.  
Göppel, Josef  
Hirte, Christian  
Jung, Andreas  
Koeppen, Jens  
Liebing, Ingbert  
Nüßlein, Georg, Dr.  
Paul, Michael, Dr.  
Petzold, Ulrich

##### **SPD**

Becker, Dirk  
Bollmann, Gerd  
Bülow, Marco  
Kofler, Bärbel, Dr.  
Miersch, Matthias, Dr.  
Schwabe, Frank  
Vogt, Ute  
Wolff, Waltraud

##### **FDP**

Brunkhorst, Angelika  
Kauch, Michael  
Knopek, Lutz, Dr.  
Meierhofer, Horst  
Skudelny, Judith

##### **DIE LINKE.**

Bulling-Schröter, Eva  
Lenkert, Ralph  
Menzner, Dorothee  
Stüber, Sabine

##### **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Fell, Hans-Josef  
Krischer, Oliver  
Ott, Hermann, Dr.  
Steiner, Dorothea

#### Stellv. Mitglieder des Ausschusses

Bareißen, Thomas  
Bilger, Steffen  
Brinkhaus, Ralph  
Gerig, Alois  
Heider, Matthias, Dr.  
Kruse, Rüdiger  
Lehmer, Max, Dr.  
Poland, Christoph  
Pols, Eckhard  
Röring, Johannes  
Ruck, Christian, Dr.  
Rüddel, Erwin  
Schindler, Norbert

Bartol, Sören  
Burkert, Martin  
Hempelmann, Rolf  
Hofmann (Volkach), Frank  
Kelber, Ulrich  
Lemme, Steffen-Claudio  
Lösekrug-Möller, Gabriele  
Röspel, René

Breil, Klaus  
Happach-Kasan, Christel, Dr.  
Kober, Pascal  
Solms, Hermann Otto, Dr.  
Staffeldt, Torsten

Dittrich, Heidrun  
Leidig, Sabine  
Petermann, Jens  
Weinberg, Harald

Höhn, Bärbel  
Kotting-Uhl, Sylvia  
Kurth, Undine  
Maisch, Nicole

---

\*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigegefügt.

**Bundesregierung**

**Bundesrat**

**Fraktionen und Gruppen**







## Tagesordnungspunkt 1

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen  
Lebensversicherung und Naturkapital: Eine Biodiversitätsstrategie der EU für das Jahr 2020

KOM(2011)244 endg.; Ratsdok.-Nr: 9658/11

## Tagesordnungspunkt 2

Bericht der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament  
Abschlussbewertung der Umsetzung des Gemeinschaftlichen Aktionsplans zur Erhaltung der Biologischen Vielfalt 2010 (inkl. 14861/10 ADD 1 bis 14861/10 ADD 4)  
(ADD 1 bis ADD 4 in Englisch)

KOM(2010)548 endg.; Ratsdok.-Nr: 14863/10

dazu wurden verteilt:  
Ausschussdrucksachen 17(16)474A bis 17(16)474G

**Vorsitzende:** Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte Sie zu unserer öffentlichen Anhörung, zum Thema „Biomasse im Spannungsfeld von Energiegewinnung und Biodiversität“ begrüßen. Ich begrüße unsere Sachverständigen sehr herzlich:

Herrn Dr. Armin **Vetter** (Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft, Pflanzenproduktion und Agrarökologie),

Herrn Prof. Dr. Hermann **Spellmann** (Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt Göttingen),

Herrn Florian **Schöne** (NABU Bundesgeschäftsstelle),

Frau Prof. Dr. Karin **Holm-Müller** (Institut für Lebensmittel- und Ressourcenökonomik),

Herrn Bastian **Olzem** (Fachverband Biogas),

Frau Dr. Daniela **Thrän** (Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung, Department Bioenergie)

Herrn Sebastian **Schönauer** (Bund Naturschutz in Bayern) und

Herrn Klaus **Brunsmeyer** (BUND)

Seien Sie uns alle sehr herzlich willkommen.

Zur Struktur der Anhörung:  
Wir beginnen damit, dass jede(r) Sachverständige 5 Minuten Zeit hat, uns kurz zu dem Sachverhalt seine/ihre Meinung zu schildern.

Wir haben dann zwei Themenblöcke.  
Die Struktur ist folgendermaßen: Im ersten Themenblock Biomasse und Biodiversität in den Agrarökosystemen: Dabei geht es um die Biodiversität im Zusammenhang mit der Biomasseerzeugung, ökologische Auswirkungen, Steuerung durch Biokraftstoffquoten und Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), Berücksichtigung der Biodiversität bei der Weiterentwicklung der Landwirtschaftspolitik und den Nachhaltigkeitskriterien für den Biomasseanbau und Auswirkungen des weiteren Biomasseanbaus auf die nationalen, europäischen und internationalen Biodiversitätsziele.

Im zweiten Punkt, Bioenergie und Biodiversität in den Waldökosystemen, geht es um den Sachstand zur Biomassenutzung aus dem Wald, insbesondere für den Wärmesektor und dessen Einfluss auf die Biodiversität, ökologische Auswirkungen dieser Entwicklungen mit besonderem Blick auf die Senkenfunktion des Waldes und die Ziele der nationalen, europäischen und internationalen Biodiversitätsstrategien, Auswirkungen von EEG und Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich (EEWärmeG) und Möglichkeiten zur Steuerung der Entwicklung sowie Berücksichtigung von Biodiversität bei den Nachhaltigkeitskriterien für die ökologische Waldnutzung. Sie sehen, sehr umfangreich.

Die Regularien sind so, wie wir sie immer im Umweltausschuss hatten: Die Abgeordneten haben zwei Fragen an eine(n) Sachverständige(n) oder eine Frage an zwei Sachverständige und haben zwei Minuten Zeit. Die Sachverständigen bitte ich, dann in einem bestimmten Rahmen zu antworten, damit wir all die Punkte auch durchbringen können.

Ich begrüße Sie nochmal sehr herzlich, heiße Sie willkommen und ich würde sagen, wir beginnen jetzt von links nach rechts und würde gern SV Dr. Armin **Vetter** (Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft, Pflanzenproduktion und Agrarökologie) als Erstem das Wort geben.

SV Dr. Armin **Vetter** (Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft, Pflanzenproduktion und Agrarökologie): Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, ich möchte zum ersten Komplex Biomasse und Biodiversität in den

Agroökosystemen Stellung nehmen. Als Vertreter der Landwirtschaft möchte ich nochmal in Erinnerung rufen, dass die Land- und Forstwirtschaft eigentlich immer nachwachsende Rohstoffe und Bioenergie erzeugt hat. Erst mit dem aufkommenden Einsatz fossiler Energieträger, fossiler Rohstoffe, ist das massiv zurückgegangen. Warum sage ich das? Damit war natürlich auch ein extremer Rückgang der Fruchtartenvielfalt in der Landwirtschaft verbunden. Zudem trat durch die Öffnung des Weltmarktes für Agrarprodukte und den damit verbundenen Druck auf die Kosten eine zunehmende betriebliche Spezialisierung auf immer weniger Fruchtarten und Tierarten zu einer regionalen Konzentration ein. So ist in den Veredelungsregionen zur Versorgung der Tiere eine erhebliche Konzentration an Silo- und Körnermais auf der Ackerfläche zu verzeichnen. In Milchviehregionen mit hohem Grünlandanteil ist das im Bezug auf den Silomais auch der Fall. Allerdings wird der Maisanbau auf der Ackerfläche durch erheblichen Grünlandanteil nicht so landschaftsprägend. In beiden Regionaltypen kann durch eine Ausweitung des Maisanbaus für die Biogasproduktion die Tendenz zu einer Fruchtfolge erheblich verstärkt werden. Umgekehrt trägt in Marktfruchtregionen, zu denen z. B. die ganzen neuen Bundesländer zählen, mit ihrem extrem hohen Getreideanteil, insbesondere an Winterweizen und niedrigerem Tierbesatz, der Maisanbau zur Auflockerung der Fruchtfolgen bei.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, warum erläutere ich diese Zusammenhänge? Dass die Artenzahl in der Fruchtfolge wesentlichen Einfluss auf die Biodiversität hat, zeigt z. B. das vom BMELV (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz) geförderte EVA-Projekt (Projekt „Entwicklung von lebendiger Vielfalt in der Agrarlandschaft“). Bei einer dreigliedrigen Fruchtfolge konnte im Vergleich zur Monokultur, egal welcher Art, die Artenzahl zwischen 39 % und 76 % gesteigert werden. Sowohl bei der Flora, als auch bei der Fauna ist eine erhebliche Zunahme der Biodiversität zu verzeichnen. Die Forderung sollte daher lauten: Mindestens drei Fruchtarten in der Fruchtfolge. Da aber die Artenwahl in der Nahrungs- und Futtermittelproduktion durch die erwähnte Spezialisierung und den Kostendruck beschränkt ist, ergibt sich eine reelle Chance zur Erweiterung des Artenspektrums nur über den Aufbau von Energiepflanzen in der Fläche. Genannt seien hierbei Winterzwischenfrüchte, Rüben, mehrjähriges Ackerfutter, Futterhirse, Ganzpflanzengetreide, auch als Gemenge, oder die Durchwachsene Silphie für die Biogaserzeugung. Allerdings ist bei diesen Fruchtarten die Wirtschaftlichkeit in der Regel schlechter gestellt als bei der Standardfruchtart

Mais. Mit einer Aufnahme weiterer Fruchtarten in die Einsatzstoffklasse II des EEG 2012 könnte ein wesentlicher Beitrag zur Erhöhung der Biodiversität im Acker- und Pflanzenbau geleistet werden. So ist z. B. der Anbau von mehrjähriger Ackerfuttersmischung mit Leguminosen, Klee gras oder Luzernegrass eine vergleichsweise günstige Option, die Biodiversität zu steigern und Humus, sprich Kohlenstoffe, im Boden anzureichern. Meine sehr geehrten Damen und Herren, um den Umbruch und die Verbuschung von Grünland zu vermeiden, müssen Nutzungsalternativen attraktiver gestaltet werden. Dazu ist, um die Wirtschaftlichkeit zu sichern, Grünland grundsätzlich, d.h. unabhängig vom Grad der Intensivierung in die Einsatzstoffklasse II aufzunehmen. Extensivierung des Grünlandes ist dahingegen über Kulturlandschaftsprogramme (KULAP-Programme), d.h. die 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), zu fördern. Insbesondere für den Anbau von Energiepflanzen für die Biogasproduktion bestehen Chancen, die Intensität der Produktionsverfahren zu verringern. So ist z. B. das Produktionsziel nicht Brotweizen mit hohem Eiweißgehalt und hoher Stickstoffdüngung, sondern Kohlenstoff. Das heißt: Cellulose - kein Eiweiß. Damit kann die Düngung reduziert werden. Mit der betrieblichen Verwertung der Gärreste wird zudem der Nährstoffkreislauf weitgehend geschlossen, was z. B. die Nettoimportrate an Stickstoff, die sehr hoch ist, nach Deutschland verringern dürfte. Des Weiteren ist in Grenzen ein gewisser Unkraut- und Schädlingsdruck tolerierbar, der zu einer Reduzierung des Pflanzenschutzmittelaufwandes führen kann. So ist weitgehend unbekannt, dass Mais den geringsten Pflanzenschutzmittelindex bei allen Hauptkulturen aufweist. Auch in den getreidebetonten Fruchtfolgen im Sommer dient er als „Grüne Brücke“ für viele Insekten. Ich will hier nicht nur von Mais reden. Es kommt immer auf die Dosis an.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, noch einige Worte zu den Dauerkulturen. Mit dem Anbau von Dauerkulturen, z. B. Miscanthus und schnellwachsenden Baumarten für die thermische Verwertung, kann eine weitere Reduzierung der Produktionsintensität erreicht werden. Der Anbau sollte allerdings nicht in großflächigen Plantagen erfolgen, sondern zur Bereicherung der Kulturlandschaft in diese integriert werden. Ein streifenförmiger Anbau von schnellwachsenden Baumarten bis hin zu Agroforstsystemen in weitgehend ausgeräumten Landschaften, z. B. den Börden bzw. an Fließgewässern, sozusagen als Uferandstreifen, kann zudem neben der Produktion von Energie maßgeblich zum Schutz gegen Wind- und Wassererosion beitragen.

Diese Anbausysteme wirken in der Landschaft wie ein Strukturelement. Sie erhöhen damit die Biodiversität, erhalten aber auch die Produktionsfunktion der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Allerdings wird die Biodiversitätsfunktion durch nur sieben für den Anbau zugelassene Baumarten eingeschränkt. So könnte die beihilfeunschädliche Integration von 10 % bis 20 % blühende Sträucher in Kurzumtriebsplantagen (KUP), die Landwirte bestimmt machen würden, die Biodiversität wesentlich steigern.

Zum Schluss noch einige Anmerkungen zur Biokraftstoffnachhaltigkeitsverordnung: Die Anwendung des festgelegten Nachhaltigkeitskriteriums „Treibhausgasbilanz“ auf die Biomethan- und Biogasproduktion wäre kontraproduktiv und verhindert das Erreichen weiterer Nachhaltigkeitsziele, z. B. in der Wasserrahmenrichtlinie. Die Zielstellung 35 % bzw. 50 % Minderung der Treibhausgase ist mit ökologisch wertvollen Winter- und Sommerzwischenfrüchten, mehrjährigem Ackerfutter und Mischkulturen nicht zu erreichen und würde damit den Anbau und die Verwertung in Biogasanlagen ausschließen. Die Bewertung der Nachhaltigkeit sollte grundsätzlich mit komplexen Systemen, ich nenne hier als Beispiel RePro („Re-Produktionsketten in der Wasser- und Energieinfrastruktur in schrumpfenden Regionen“, kurz: „RePro – Ressourcen vom Land“) oder das Umweltsicherungssystem Landwirtschaft (USL), erfolgen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

**Vorsitzende:** Danke schön. Ich möchte Sie noch einmal auf die Zeit hinweisen. Wir haben 5 Minuten und ich werde darauf achten. Bitte SV Prof. Dr. Hermann **Spellmann** (Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt Göttingen).

SV Prof. Dr. Hermann **Spellmann** (Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt Göttingen): Sehr geehrte Frau Abgeordnete **Bulling-Schröter**, verehrte Abgeordnete, liebe Zuhörer. Ich bin als Letzter eingeladen worden und nachträglich. Das liegt wahrscheinlich daran, dass der Wald eigentlich gar kein großes Problem darstellt. Ich vertrete hier also die Forstwirtschaft, das naturnaheste, terrestrische Ökosystem. Ich möchte mich insbesondere zu dem zweiten Block, Biomasse aus dem Wald und Biodiversität äußern. Wir haben das Ganze im Grunde auf zwei Aspekte fokussiert, die natürlich in einem ganzen Kanon von Nachhaltigkeitsindikatoren zu sehen sind. Wir arbeiten in der Forstwirtschaft mit 6 Kriterien, 35 Indikatoren und den beiden, die Sie hier ansprechen. Biodiversität ist mit vielen anderen

Indikatoren hinterlegt. Natürlich spielt auch die Bioenergie eine große Rolle. In den letzten Jahren ist die Nutzung im deutschen Wald eindeutig angestiegen. Das ist vielfach dann auch in die Presse gelangt, weil man der Meinung war, man hätte einen Raubbau betrieben. Die Bundeswaldinventur 1, 2 und auch zuletzt die Inventurstudie 2008 haben eindeutig gezeigt, dass die Vorräte gestiegen sind. Wir haben also weniger genutzt, als nachgewachsen ist. Mittlerweile haben wir in den deutschen Wäldern einen Vorrat von 330 Kubikmeter je Hektar. Das sind noch mal 2 % mehr gegenüber der Bundeswaldinventur 2. Wobei man natürlich sagen muss, wir haben nicht alle Baumarten gleich stark genutzt. Diejenige Baumart, die besonders intensiv genutzt wurde, ist die Fichte. Da wurde das Nutzungspotential sogar mit 110 % bis 114 % überschritten, während andere Baumarten, wie die jetzt häufig auch geförderte Buche, die nicht dementsprechende Absatzmärkte hat, nur ein Ausbeutungspotential oder ein Nutzungspotential von 40 % hat. Was zu diesen Vorratszahlen meiner Meinung auch gehört, ist ganz wichtig, dass nämlich in diesem Wald auch insgesamt 1,23 Milliarden Tonnen Kohlenstoff im Boden sind. Ist also auch ein Großkapital und dasselbe, eigentlich das 1,5-fache, das wird jetzt die Bodenzustandserfassung 2 zeigen, kommt nochmal aus dem Boden hinzu.

Eine Sache, die bisher bei unserem Waldökosystemansatz, beim Kyoto-Protokoll fehlte, sind sozusagen die Kohlenstoffspeicher in Forstprodukten. Das müsste eigentlich ergänzt werden. Darauf legt eigentlich die Forstwirtschaft, ich hoffe, die Abgeordneten auch, weil da noch einmal ein zusätzlicher Speicher ist. Und da spielt auch die energetische Nutzung eine große Rolle, weil eben dort der Substitutionseffekt ist. Schaut man sich die Entwicklung der energetischen Nutzung der letzten Jahre an, ist ein rasanter Anstieg zu verzeichnen. Im Jahre 2002 hatten wir nur einen Anteil von 26 % energetischer Nutzung, bei einem geringerem Gesamtanschlag. Jetzt, im Jahre 2010, da liegen wir in der Größenordnung von insgesamt 125 Millionen Kubikmeter Rohholzaufkommen. Davon entfallen auf den direkten Holzeinschlag rund 65 bis 70 Millionen Kubikmeter, aber der Anteil, der jetzt nicht mehr in die stoffliche Nutzung, sondern in die energetische Nutzung geht, ist auf 43 % gestiegen. Die Prognosen für die Zukunft sagen voraus, dass wir bereits im Jahre 2030 54 % des Holzes für die energetische Nutzung gebrauchen werden. Das ist wahrscheinlich auch, das wird eben betrieben durch unsere Energiewende, die in diesem Jahr verabschiedet worden ist und da muss man halt sehen, von dem derzeitigen Primärenergiebedarf in Deutschland oder von

den Primärenergiemengen, die aus erneuerbaren Energien kommt, das liegt bei 9,5 %, kommen jetzt ca. 70 % aus der Biomasse und davon wieder über 50 % aus dem Holz. Es gibt eindeutig Grenzen und die wird die deutsche Forstwirtschaft auch einhalten, die sich aus der Nachhaltigkeit ergeben. Man kann die Nutzung nicht immer weiter steigern. Zurzeit halten wir noch ein gewisses Potential, das genutzt werden kann. Ich persönlich halte es für machbar, dass man in dem Bereich zwischen 70 und 100 Millionen Kubikmeter in Deutschland nutzen kann. Aber das nur temporär. Andererseits bei meinem Kollegen nebenan, der eine jährliche Fruchtfolge hat, wächst Holz an Holz. Deshalb muss man berücksichtigen, wie der Altersaufbau unserer Wälder ist. Wir haben einen Überhang in der dritten und vierten Altersklasse. Das sind die 40- bis 80-jährigen Bestände und die schreiten jetzt weiter fort, so dass wir in nächster Zeit tatsächlich noch etwas mehr nutzen können. Ob das allerdings reicht, um den Energiebedarf auch im Zeichen der Energiewende zu decken, ist noch fraglich.

Da ist jetzt eine wichtige Frage in der Diskussion: Das ist nämlich die zusätzliche Nutzung des Kronholzes, also die Vollbaumnutzung. Da kann ich Ihnen versichern, sind auch gerade die mit Fördergeldern des Bundes oder auch der Länder forstlichen Versuchsanstalten dran, dort ein Regelwerk aufzubauen. Was ist zulässig? Denn dabei ist eindeutig die Verwitterung zu berücksichtigen, also die nachschaffende Kraft der Nährstoffe aus den Ausgangssubstraten. Es sind die Baumarten zu berücksichtigen. Eine Baumart, wie die Kiefer, ist genügsam. Die hat auch in sich, in ihren Nadeln, in ihrer Rinde, in ihrem Holz einen geringeren Nährstoffgehalt, als z. B. die anspruchsvolle Buche und es ist das Alter zu berücksichtigen. Denn je älter die Bäume werden, umso größer ist der Anteil des Holzes im Vergleich z. B. zu den Kompartimenten Feinreisigblätter und Nadeln. Insgesamt steckt da größenordnungsmäßig ein Potential von 20 % zusätzlicher Nutzung drin, das dann primär in den energetischen Bereich gehen würde.

Aber ich gehe fest davon aus, dass diese standörtlichen Restriktionen, denn die Forstwirtschaft macht Forstwirtschaft auf staatlicher Grundlage und fühlt sich diesen Restriktionen verpflichtet. Dieses Potential wird nicht gehoben, da muss man natürlich vorsichtig sein.

Bei den einzelnen Maßnahmen selbst, das kann ich Ihnen auch versichern, bei der Nutzung im Wald, werden naturschutzfachliche Restriktionen eingehalten, die sich aus den Schutzgebietkonzepten ergeben. Es ist ganz klar, es wandert kein Totholz in die energetische Nutzung. Es wandert kein Habitatbaum in die

energetische Nutzung, die stehen außen vor. Daran gedacht ist halt, z. B. im Rahmen der Erschließung, die Entschließungslinie mit zu hacken und für die energetische Nutzung zu verwenden und darüber hinaus im Rahmen der normalen Nutzung, da wo es eben standortlich zulässig ist, das zu machen. So etwas findet nicht einfach willkürlich im Jahr statt, sondern es wird natürlich auch sehr wohl darauf geachtet, in was für Lebensräumen ich mich bewege. Es wird auf die Brut- und Setzzeiten Rücksicht genommen. Vor dem Hintergrund sehe ich diesbezüglich eigentlich kein Konfliktpotential.

Wenn ich jetzt noch mal ganz kurz das EEG ansprechen darf mit ein, zwei Sätzen, so muss ich sagen, ist die Forstwirtschaft eigentlich gar nicht betroffen. Wir finden es richtig, dass Altholz jetzt nicht mehr für die elektrische Nutzung genutzt wird, sondern für die Wärmenutzung. Das ist eine sinnvolle Entscheidung. In den anderen Bereichen ist Gott sei Dank die Durchmesserlinie im Rahmen der Beratungen herausgegangen. Insgesamt kann ich Ihnen sagen, der Wald ist diesbezüglich in guten Händen und Sie müssen sich keine Sorgen um die Biodiversität und die Forstwirtschaft machen. Danke.

**Vorsitzende:** Danke schön. Dann bitte SV Florian **Schöne** (NABU).

SV Florian **Schöne** (NABU): Meine Damen und Herren, zunächst einmal ganz herzlichen Dank für die Einladung. Ich habe doch ein wenig gestaunt, als ich die Einladung erhalten habe. Sie kam sehr kurzfristig, weil irgendwie fragt man sich, wir hatten doch gerade eine Energiewende, in der Novelle des EEG, die uns bevorsteht. Wollen wir nicht eigentlich erst einmal warten, was dabei rauskommt? Ich glaube, der heutige Tag ist Ausdruck der Tatsache, dass die Akzeptanz weiterhin gefährdet ist, und zwar zunehmend gefährdet von Bioenergie. Nicht nur bei Naturschützern, bei Jägern, bei Veredlungsbetrieben, bei der Wasserwirtschaft, in vielen Kreisen und es offensichtlich auch Verunsicherung in der Politik gibt, wenn ich das einmal so interpretieren darf, ob die beschlossenen Änderungen, die Novellierungen, tatsächlich weit genug gehen.

Ich darf Sie ganz kurz darauf hinweisen, meine Damen und Herren: Sie kennen wahrscheinlich den Beschluss der Umweltministerkonferenz von Anfang November 2011 in Dessau. Auch an der Stelle, mit Verlaub, habe ich mich erstaunlich gewundert, dass die Umweltministerkonferenz unter der Überschrift „Vermeidung von Fehlentwicklungen im Bereich der EEG-Bioenergieförderung“ darauf hinweist und den Bund bittet, möglichst bald die

Auswirkungen des Energiepflanzenanbaus auf Klima, Natur, Boden und Gewässer zu evaluieren und ggf. Änderungen des Bundesrechts kurzfristig vorzunehmen. Da fragt man sich, wo ist eigentlich das Vertrauen in die eben beschlossene EEG-Novelle, meine Damen und Herren. Ich habe den Eindruck, die Diskussion „Tank oder Teller“, Vermischung von Landschaften, die hält an und die lässt sich auch nicht in den Griff bekommen. Mein Vorredner, SV Dr. Armin **Vetter** (Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft, Pflanzenproduktion und Agrarökologie), hat darauf hingewiesen, ich sage an der Stelle immer, um Goethe zu zitieren, „die Botschaft hör´ ich wohl - allein mir fehlt der Glaube,“ meine Damen und Herren.

Wir haben zunehmend die Diskussion über schlechte Treibhausgasbilanzen von Bioenergie. Die Diskussion wird nicht abebben, gerade in der Frage der indirekten Landnutzungsänderungen. Aber wir haben eben auch eine enge Korrelation des Maisanbaus, der Zunahme des Maisanbaus und des Grünlandverlustes in Deutschland. Das entscheidende Problem ist nach unserer Auffassung die räumliche Konzentration des Maisanbaus und die langfristige Flächenbindung. Selbst im Thüringer Becken, meine Damen und Herren, wenn dort eine Biogasanlage entsteht, kann man sagen, auf überregionaler Ebene, ist das in Ordnung. Aber die konzentriert sich so nah um den Standort, dass eben Fruchtfolgebestimmungen über den Haufen geworfen werden, dass eben auch vermehrt Mais in Monokulturen angebaut wird. Meine Damen und Herren, wir haben eine Entwicklung: 70.000 Hektar Energiemais in 2005. Mittlerweile hat uns das Thünen-Institut bestätigt, über 900.000 Hektar Energiemaisanbau in 2011. Das führt in vielen Regionen mit dem Naturschutz zu Konflikten, die aus unserer Sicht nicht mehr darstellbar sind. Nach unserer Auffassung sind, ich sage es ganz ehrlich, die Grenzen des Wachstums bei einem konventionellen Energiepflanzenanbau, mittlerweile erreicht. Aussagen, wonach wir 4 Millionen Hektar Flächenpotential in Deutschland haben, das wäre eine knappe Verdoppelung gegenüber dem Status Quo, sind mit massiven ökologischen Kollateralschäden verbunden. Ganz zu schweigen von der Frage, ob das überhaupt noch positive Klimabilanzen zur Folge hat.

Ich möchte ganz kurz auf das Thema „Naturschutz, Biodiversität“ eingehen. Sie kennen die Situation, keine andere Vogelartengruppe war in den letzten Jahren so stark von Rückgängen betroffen, wie die Arten der Agrarlandschaft. Die aktuellen Entwicklungen, meine Damen und Herren, die Abschaffung der Flächenstilllegung, die zunehmende Flächenkonkurrenz, werden wir in

wenigen Jahren an den Roten Listen ablesen können. Seit 2007 haben auch bisher relativ stabile Arten, wie z. B. Wachtel, Ortolan oder Grauammer, noch einmal zusätzliche Bestandsrückgänge verzeichnet. Man kann im Augenblick sagen, keine Feldvogelart kann ihre Bestände im Augenblick mehr halten und das ist ganz wesentlich auf die Abschaffung der Flächenstilllegung und die zunehmende Flächenkonkurrenz durch den Maisanbau zurückzuführen. Ich sage aber auch, um auf meinen Vorredner einzugehen, Mais ist nicht per se schlechter, meine Damen und Herren, als Weizen oder Raps. Es kommt auf den Flächenanteil in der Region an und es kommt auf den Standort an. Wenn der Mais auf den Dauergrünlandstandort wandert und das ist das, was wir immer noch beobachten, dann haben wir ganz erhebliche negative Entwicklungen für die Schutzgüter.

Unser größtes Problem im Augenblick, meine Damen und Herren, deswegen bin ich froh, dass Sie das ansprechen, sind die Natura 2000-Gebiete. Wir haben zunehmende Vollzugsdefizite bei Offenlandlebensräumen von Natura 2000 und hier sage ich bloß, warten Sie mal ab, die Europäische Kommission wird das nicht mehr lange tolerieren, was die Frage anbelangt, inwieweit hier Natura 2000-Gebiete in ihrem günstigen Erhaltungszustand gesichert werden. Die Schlussfolgerungen, meine Damen und Herren, ich glaube, wir sollten jetzt von der Masse zur Klasse gehen, eine neue Strategie der Biomassenutzung. Wir müssen die Biomasse veredeln. Wir müssen sie sinnvoller nutzen. Weg von der Grundlast, hin zu ihren spezifischen Vorteilen. Wir brauchen die Biomasse. Aber nicht immer nur mehr Masse, sondern mehr Klasse, in dem wir sie da einsetzen, wo sie unverzichtbar ist. Wir brauchen nur noch Anbaukulturen mit integrierten Systemen für Klima und Mischkultur z. B. Leguminosen und Dauerkulturen. Hier sind Potentiale. Aber ich sage Ihnen auch abschließend, meine Damen und Herren, jeder weitere Hektar Mais ist einer zu viel und damit herzlichen Dank.

**Vorsitzende:** Danke schön. Dann kommt SV Prof. Dr. Karin **Holm-Müller** (Institut für Lebensmittel- und Ressourcenökonomik), bitte schön.

SV Prof. Dr. Karin **Holm-Müller** (Institut für Lebensmittel- und Ressourcenökonomik): Vielen Dank Frau Vorsitzende, vielen Dank liebe Abgeordnete und ich begrüße alle Zuhörer. Ich freue mich, dass ich hier auch etwas sagen kann zu diesem Spannungsfeld Energiegewinnung, Biodiversität.

Ich würde gerne vorausschicken, dass es keinen Energieträger gibt, der völlig unproblematisch ist. Bei der Biomassenutzung ist es die Biodiversität, die hier als Problem am stärksten im Vordergrund steht. Vielleicht die Biogasförderung ganz besonders. Die Folgen, die wir dadurch sehen, die sind hier schon mehrfach erwähnt worden: Stärkere Monokulturen, Umbruch von Dauergrünland, aber auch Intensivierung von Dauergrünland und das wurde auch schon so ein bisschen nebenher angesprochen, dass die Attraktivität von Agrarumweltmaßnahmen und Vertragsnaturschutz sinkt, die in ihren Förderhöhen eben insbesondere nicht mehr mitkommen mit der Förderung von Biogas. Wir haben grundsätzlich die Möglichkeit. Auf naturschutzfachlich wichtigen Flächen ist Grünlandumbruch sowieso genehmigungspflichtig. Man stellt aber fest, dass es eben doch eine ganze Reihe von Umbruch auch in Feuchtgebieten auf Moorböden und auch z. B. auf Trockenrasen gibt. D.h. hier gibt es auch auf Ebene der Länder oder darunter durchaus etwas, was man ein Vollzugsdefizit nennen könnte. Mir scheint es aber wichtig, dass man nicht nur mit auf das Grünlandumbruchsverbot schaut, sondern dass man ebenso die Intensivierung der Grünlandnutzung im Blick hat, die eben auch die Artenvielfalt verringern kann. Jetzt möchte ich mich aber im Wesentlichen darauf konzentrieren, was man aus meiner Sicht tun kann. Das ist keine erschöpfende Liste, aber die Punkte, die mir am ehesten eingefallen sind. Zum einen muss die Gemeinsame Agrarpolitik so umgestellt werden, wie es in Ansätzen von der Kommission auch gefordert wird, dass wir ein Greening der Gemeinsamen Agrarpolitik mit Anforderungen an die Fruchtfolge, Umbruchverbot und ökologischen Vorrangflächen haben. Wenn alleine die Fruchtfolge durchgesetzt wird und nicht durch andere Maßnahmen unterlaufen werden kann, dann dürfte das durchaus einen positiven Einfluss haben. Ich denke auch bei den Biokraftstoffzielen muss man sich überlegen, ob die nicht weniger ambitioniert ausfallen sollten, dass man hier auch von dieser Seite etwas Entlastung für die eben ansonsten immer intensiver werdende Nutzung des Ackerlandes hat. Was SV Florian **Schöne** (NABU) schon angedeutet hat, es ist ganz wichtig, dass man den Strom aus Biomasse nicht verschwendet. Es kann nicht sein, dass Windanlagen abgeschaltet werden und man Biogas auch dann produziert, wenn eigentlich Strom im Überfluss vorhanden ist. D.h. die Nutzung von Strom aus Biomasse muss auf die Zeiten und den Umfang reduziert werden, wo die volatilen Energieträger die Nachfrage nicht decken können. Auch das langfristig. Das heißt zum einen, dass man die Förderung an die Vermarktung bindet bzw. die

Gaseinspeisung fördert. Beides ist durchaus geplant. Ich denke aber, hier hätte man noch etwas radikaler sein können. Vor allen Dingen deshalb, weil eben alles, was heute gefördert wird, für viele Jahre in der Landschaft steht und alles, was dann noch gefördert wird, eben darauf kommt oder man darüber hinaus wieder fördern muss, um ein Umschwenken auf dem Markt zu erreichen.

Ich denke auch, dass die Förderhöhen von einem Einspeiseziel heraus gesehen werden müssen. Man muss sich also fragen, was brauchen wir tatsächlich? Was ist das, was wir über die volatilen Energiequellen nicht decken können? Wie viel und in welchem Maße muss dann überhaupt die Verstromung von Biogas überhaupt noch vorangehen oder sind wir vielleicht sogar schon über das Ziel hinausgeschossen und brauchen dann einen Umbau? Einen Umbau zu immer stärkerer Nutzung von Reststoffen, einen Umbau zu mehr Speichern, vielleicht auch an den Anlagen. Immer wieder wird gefordert, kleine Anlagen besonders zu fördern. Hiervor würde ich immer dann warnen, wenn es nicht ökologische Gründe dafür gibt. Es mag ökologische Gründe dafür geben, weil Gülle sich nun mal nicht weit transportieren lässt, z. B. Aber wenn das nicht der Fall ist, eine kleine Anlagerung ihrer selbst zu fördern, wenn sie ineffizienter ist, das erhöht nur den Druck auf das Grünland. Es kann also nicht sinnvoll sein, möglichst viel Fläche zu verwenden. Die Förderung sollte auf die Reststoffnutzung konzentriert sein, ich habe es gehört. Die Nachhaltigkeitskriterien sollten eben nicht nur für Biokraftstoffe gelten, sondern auch für Biogas und Energieholz und das heißt, dass man sich eben über die Klimabilanz tatsächlich Gedanken machen muss. Dann denke ich, auf der Ebene von Regionen sollten die Nachhaltigkeitskriterien auch um die Effekte indirekter Landnutzungsänderungen erweitert werden. Das kann man nicht an einer Tonne Mais machen. Das muss man auf regionaler Ebene machen. Vielen Dank.

**Vorsitzende:** Danke schön. Dann SV Bastian **Olzem** (Fachverband Biogas), bitte.

SV Bastian **Olzem** (Fachverband Biogas): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, vielen Dank für die Einladung. Aus Sicht des Fachverbandes Biogas, aus Sicht der Biogasbranche stellen sich folgende Dinge dar: Wir müssen erst einmal schauen: Wie ist die Entwicklung der vergangenen drei Jahre gewesen? Das EEG 2009 hat hier einen starken Ausbau an Biogasanlagen verursacht. Wir haben in drei Jahren jeweils 1.000 Neuanlagen rund ans Netz gebracht, d.h. 3.000 neue Biogasanlagen in drei

Jahren und diese vor allen Dingen in den Regionen, wo eine starke Viehhaltung stattfindet. Warum war das so? Ich glaube, das ist den Meisten bekannt. Der Güllebonus hat hier einen Anreiz gesetzt, der überproportional in der Verbindung mit dem NawaRo-Bonus (Bonus für Strom aus nachwachsenden Rohstoffen) war. D.h. wir hatten in den Gülleregionen, dort wo viele Tiere gehalten werden, im Prinzip einen Gülle-NawaRo-Bonus von 11 Cent. Gerade in den Regionen, wo traditionell der Maisanbau schon hoch war, sind dann noch 10 % bis 15 % Maisanbau durch Biogasanlagen dazugekommen. Das heißt, klassischer Fall Vechta-Cloppenburg in Niedersachsen: 40 % Mais an der Ackerfläche vor den Biogasanlagen. Jetzt haben wir 50 % an der Ackerfläche. Bis Ende 2011 sind rund 7.100 Biogasanlagen in Deutschland mit 2.800 Megawatt installierter elektrischer Leistung in Betrieb. Diese produzieren 18 Terrawattstunden Strom, nur um die Verhältnisse darzustellen. Damit können 13 % der Privathaushalte in Deutschland mit Strom versorgt werden. Wenn man auf die Maiszahlen zu sprechen kommt, dann hat die Fachagentur für nachwachsende Rohstoffe (FNR) im Oktober 2011 Schätzungen für dieses Jahr abgegeben: 0,8 Millionen Hektar Energiepflanzenanbau für Biogasanlagen. Das Deutsche BiomasseForschungszentrum (DBFZ) hat ermittelt, dass rund 75 % der eingesetzten Energiepflanzen Mais sind. Danach komme ich auf eine Zahl von 0,6 Millionen Hektar Mais, reinen Mais für den Biogasanbau. Das sind keine Zahlen von uns, wie gesagt von der FNR und vom DBFZ. Wenn man diese 0,6 Millionen Hektar in Relation zu der gesamten Maisanbaufläche in Deutschland stellt, also 2,52 Millionen Hektar nach dem Statistischen Bundesamt für 2011, dann sind 24 % des Maisanbaus in Deutschland für die Biogasnutzung, der Rest geht in die Viehfütterung und in den menschlichen Nahrungsmittelbereich. Ab 2004 hatte man mit der Einführung des NawaRo-Bonus ein völlig neues Zuchtziel in der Pflanzenzucht, d.h., es kam nicht mehr auf Eiweißgehalte und Qualitäten an, sondern es ging darum, möglichst viel Biomasse zu erzeugen und es braucht einfach Zeit in der traditionellen Züchtung und hier wird in der Energiepflanzenentwicklung keine Gentechnik eingesetzt, braucht es einfach Zeit bis neue Energiepflanzen etabliert sind. Aber wir sehen heute, dass tatsächlich Alternativen kommen. SV Dr. Armin **Vetter** (Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft, Pflanzenproduktion und Agrarökologie) hat es schon angesprochen, die Durchwachsene Silphie verspricht sehr gute Gaserträge pro Hektar. Ich habe von den entsprechenden Saatgutunternehmen erfahren, dass die

Jungpflanzen, sie werden nicht ausgesät, sondern die Jungpflanzen werden gesetzt, dass diese für nächstes Jahr schon vollkommen überzeichnet sind, d.h., die Landwirte sind hier dabei, die Alternativen wirklich jetzt zu entwickeln. Darüber hinaus spielen verschiedene Hirsearten eine immer stärkere Rolle. Ich möchte auch noch einmal die besondere Bedeutung der Rübe herausstellen, die jetzt auch stärker im Kommen ist. Die KWS Saat AG hat eine Schätzung abgegeben, dass nächstes Jahr statt Mais für Biogasanlagen rund 40.000 Hektar Rüben angebaut werden. Das ist eine Vervierfachung der Rübenanbaufläche für energetische Zwecke seit 2009 und der Trend wird da auch noch weitergehen. Also die Alternativen zum Mais kommen, deshalb wäre es jetzt falsch, zu sagen, nein, wir stoppen jetzt diese Entwicklung. Weil, wie SV Dr. Armin **Vetter** (Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft, Pflanzenproduktion und Agrarökologie) schon richtig sagte, bietet eben die Biomasseproduktion eben auch die Chance, die Möglichkeit, Alternativen wieder in die Fruchtfolgen einzubauen. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Maßnahmen, um den Energiepflanzenanbau an sich ökologisch besser zu gestalten. Gerade auch im Maisanbau, beispielsweise durch Blühstreifen. Mischungen mit Sonnenblumen haben auch bei Vogelkundlern sehr gute Ergebnisse gebracht, so dass hier die Bruterfolge durch die Einmischung von Sonnenblumen im Maisanbau durchaus signifikant erhöht sind. Untersaaten, Winterzwischenfrüchte, beispielsweise um die Bodenerosion zu minimieren und Direktsaatverfahren. Das sind alles Dinge, die auch im Maisanbau und in anderen Energiepflanzenkulturen dazu führen, dass die Ökologie und die Biodiversität verbessert wird. Die besondere Bedeutung der Biomasse ist schon angesprochen worden. Gerade jetzt vor der beschlossenen Energiewende, d.h. die KWK-Nutzung (Kraft-Wärme-Kopplung) und die bedarfsgerechte Stromeinspeisung, das ist eine wichtige Funktion, die mit Biomasse als einzige derzeit zu vertretbaren kostenspeicherfähige erneuerbare Energiequelle umgesetzt werden muss. Leider bietet das derzeitige EEG 2012 hier noch einen zu geringen Anreiz. Über die Marktprämie wird nicht die bedarfsgerechte Stromeinspeisung in dem Maße kommen, wie man sich das vielleicht vorgestellt hätte. Hier muss man noch einmal auf die Verordnungsermächtigung in § 64 Buchstabe f Nummer 2 verweisen, wo eben eine nach Tageszeiten differenzierte Vergütung schon angelegt ist. Vielleicht noch ein Stichwort zum Thema ILUC (Indirect Land Use Change - Indirekte Veränderung der Bodennutzung). Man muss da natürlich auch so ehrlich sein, wenn

man dann 7 % Stilllegung fordert, dass natürlich die Produktionsflächen nicht mehr für den Nahrungsmittelbereich zur Verfügung stehen und dass die Extensivierung auf diesen 7 % natürlich dann auch zu ILUC führen können. So ehrlich muss man an der Stelle dann eben auch sein. Vielen Dank.

**Vorsitzende:** Danke schön. Dann SV Dr. Daniela **Thrän** (Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung), bitte.

SV Dr. Daniela **Thrän** (Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung): Vielen herzlichen Dank. Sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Zuhörer, es sind schon sehr viele Aspekte angesprochen worden.

Ich würde gerne jetzt den Blick ein kleines Stück weiten, nämlich die Frage: Was haben wir insgesamt für Entwicklungen? Wie sehen Bioenergie und Biodiversität aus? Wie laufen die zusammen?

Wir haben bei der Bioenergie in den letzten 10 Jahren ein sehr starkes Wachstum gehabt und dabei eigentlich zwei unterschiedliche Wirkungssysteme zu verzeichnen. Nämlich einmal Fragen hinsichtlich Versorgungsbeitrag zur Energieversorgung. Die Marktfähigkeit von Bioenergie, das war insbesondere im Holzbereich relevant. Es wurde schon darauf hingewiesen, dass die Holznutzung sehr stark zugenommen hat. Insbesondere im Bereich des Hausbrandes ist das so gewesen, dass wir hier vor allen Dingen durch die fossilen Vergleichssysteme interessante Entwicklungen hatten. Das sind übrigens auch Entwicklungen, die nicht nur in Deutschland der Fall sind. Ein ganz anderer Weg ist die Frage, Beitrag zum Klimaschutz als Ziel, Energiewende. Hier handelt es sich um einen geförderten Bereich, vor allen Dingen in Europa, aber auch in Deutschland und das betrifft die Bereiche Biogas und Biokraftstoffe. Hier sind schon sehr viele Zahlen genannt worden. Gegenwärtig werden etwa auf 2 Millionen Hektar in Deutschland Energiepflanzen angebaut. Davon ungefähr die Hälfte für Biokraftstoffe, die andere Hälfte für Biogas. Wie groß genau der Maisanteil ist, lässt sich sicher diskutieren. Demgegenüber stehen, da würde ich auch gern noch einmal darauf hinweisen, zurzeit lediglich 4.000 Hektar Kurzumtriebsholz. D.h. wir haben sehr starke Entwicklungen bei den einjährigen Kulturen, aber relativ wenig Entwicklung im Holzbereich, unterschiedliche Entwicklung. Wenn wir jetzt versuchen, uns zu fragen, wie entwickeln sich die Systeme weiter? Dann wurde auch schon gesagt, bei Holz sehen wir eigentlich schon, dass die Möglichkeiten, die wir haben, nutzen und bei einer weiteren Zunahme der Holznutzung man sich fragen muss, wo kann das herkommen? Es

ist auf jeden Fall in den Bereichen Internationalisierung zu erkennen, d.h. entsprechend werden auch Rohstoffproduktions- oder auch Bereitstellungseinheiten in anderen Kontinenten gestellt. Das heißt, bei Fragen zur Holznutzung und Biodiversität ist es sicher wichtig, sich nicht auf Deutschland zu beschränken, sondern zu fragen, wie weit man da z. B. mit internationalen Nachhaltigkeitsstandards solche Fragen möglichst frühzeitig klären kann.

Wenn man nach den Anbauflächen fragt, da sind auch schon viele Dinge gesagt worden und damit komme ich auch zur Frage, wie sieht es eigentlich aus mit der Biodiversität? Ich denke, anders als im Bioenergiebereich, wo wir die Ziele, die wir uns gesetzt haben, auch mit Blick auf die Leitstudie z. B., deutlich übererfüllen, d.h. hier sehr schnell die gewünschte oder angestrebte Menge an Bioenergie bereitstellen, muss man bei den Biodiversitätszielen schon feststellen, dass wir da bei der Zielerreichung in Verzug sind.

Es gibt aber noch einen zweiten wichtigen Punkt, nämlich, wenn man sich fragt, wie wird das gesteuert? Da möchte ich vielleicht gleich nochmal anschließen, was auch schon genannt wurde. Die Frage der Biodiversität ist standortabhängig. Die Frage der Energieversorgung ist großflächig. Auf jeden Fall deutlich über dem regionalen Kontext. Das, was viel diskutiert wird, nämlich die Frage, inwieweit kann ich mit Instrumenten, die großflächige Ansätze haben, regional vor Ort den Standort optimieren? Da gibt es immer Grenzen, aus meiner Sicht. Das heißt, wenn man sich über Biodiversität unterhält, unterhält man sich einmal über Schutzflächen, die man ausweist und, auch z. B. Nachhaltigkeitsanforderungen für Biokraftstoffe, sicherstellen kann. Das ist aber nicht ausreichend, um eben die entsprechenden Biodiversitätsziele zu erreichen. Das heißt, man muss sich über Maßnahmen in den Nutzungsflächen unterhalten. Das sind Fruchtfolgen, das sind Mahdtermine, aber das sind auch Landschaftsstrukturen. Da ist schon sehr viel genannt worden. Die Herausforderung besteht darin, dass man es individuell festlegen muss, damit man was damit erreicht und dass die Energieinstrumente, über die wir heute reden, wie Biokraftstoffverordnung und EEG, das sicher nur bedingt können. Das heißt, aus meiner Sicht essentiell ist wirklich, dass man generell im Agrarrecht auf diese Konfliktform stärkerer Nutzung, egal ob für Teller oder Tank oder vielleicht künftig auch Playmobil-Figur, stärker reagieren muss. Dass wir, wenn wir über künftige Potentialzahlen von 4 Millionen Hektar oder was auch immer sprechen, eine klarere Vorstellung davon haben müssen, wie die bewirtschaftet werden können und entsprechend die

Biodiversitätsfragen ganz deutlich, was die momentane Bioenergienutzung angeht, an den Agrarbereich hängen.

Ich bin der Meinung, es gibt viele Potentiale, wie man tatsächlich Energien finden kann, wie gesagt, das Ganze immer in enger Verbindung mit der Agrarproduktion.

Ich denke als zweiten wichtigen Punkt sollte man im Holzbereich konstatieren, dass wir eine Internationalisierung erwarten können oder vielleicht auch müssen und hier eben eine entsprechende Zertifizierung vorantreiben müssen. Vielen Dank.

**Vorsitzende:** Danke schön. Dann SV Sebastian **Schönauer** (Bund Naturschutz in Bayern), bitte.

SV Sebastian **Schönauer** (Bund Naturschutz in Bayern): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir sind dankbar für diese Anhörung, denn ich glaube, nicht nur Wissenschaftler und Naturschützer, wie ich in meiner Organisation genannt werde, haben gemerkt, dass einiges nicht in Ordnung ist oder sich in die falsche Richtung bewegt. SV Florian **Schöne** (NABU) hat es vorhin schon angesprochen, die UMK, die Umweltministerkonferenz, hat vor wenigen Tagen die Bundesregierung direkt aufgefordert, Auswirkungen des Energiepflanzenanbaus auf Klima, Natur, Boden und Gewässer baldmöglichst zu evaluieren und sie sagen weiter, ggf. Änderungen des Bundesrechtes kurzfristig vorzunehmen. Ich glaube, die Ministerialen der Länder und die Fachleute haben erkannt, dass hier einiges aus dem Ruder läuft. Deshalb wollen wir versuchen aufzuzeigen, um was es geht. Ich glaube nicht, dass es notwendig ist, in letzter Genauigkeit hier heute Zahlenwerke gegeneinander zu präsentieren und zu sagen, was da geändert werden muss, sondern grundsätzlich muss klar gemacht werden, dass wir dabei sind, unsere Natur zu übernutzen. Deshalb ist der Titel dieser Anhörung „Naturschutzleitplanken für die Energiewende“ ein wichtiger Titel, der auch beachtet werden sollte. Es geht also um die Leitplanken, aber nicht nur in der Biomasse. Das Gleiche kann man auch bei Wasserkraft und anderen nachvollziehen, wo die sogenannten ökologischen Verbesserungen nicht testierbar sind und doch testiert werden und all diese Dinge.

Doch zur Sache selbst: Ich glaube die Landwirtschaft als derjenige Teil unserer Gesellschaft mit 50 % Flächenanteil, größter Flächennutzer, ist damit zwangsläufig derjenige, der einen großen Einfluss auf die Entwicklung unserer biologischen Vielfalt hat. Warum ich dieses Wort gebrauche? Weil wir nicht nur

darüber zu sprechen haben, wie wir möglicherweise noch einige Kilowatt oder tausende Megawatt erzeugen und herbeiholen können, sondern vor allen Dingen uns darüber zu unterhalten, ob dies auch für unsere Welt tragbar ist. Ob wir dies auf unserem Planeten überhaupt haben können. Ob wir dies und jetzt, gehen wir runter auf die Fläche der Bundesrepublik Deutschland, überhaupt machen dürfen. Deshalb glaube ich, ist es notwendig, darüber nachzudenken, warum denn die Vögel der Agrarlandschaft nun zu den am stärksten bedrohten Artengruppen in Deutschland gehören. Da muss man sich wirklich fragen, dürfen wir das übergehen, dürfen wir dieses Warnsignal außer Acht lassen oder sollten wir kurz einmal innehalten und darüber nachdenken, was da passiert ist? Ich glaube, die intensive und finanziell lukrative Förderung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz führte zu einer beispiellosen Flächenzunahme. Ich habe es gerade an einzelnen Beispielen gehört, beim Anbau von nachwachsenden Rohstoffen. Bereits 2009 wurde ein Rekordniveau erreicht. Agrarenergiebereitstellung rückt mit ihrer rasanten Ausbaudynamik jedoch zunehmend ins Spannungsfeld steigender Nachfrage sowie auch wachsende räumliche und ökologische Auswirkungen. Ich habe es vorhin allgemein gesagt, ich glaube, auch dies ist eine wichtige Botschaft: Deutschlands landwirtschaftliche Nutzfläche reicht nicht aus, um den Bedarf an Biomasse zu decken, der nötig wäre. Ich betone „wäre“, um die vorgegebenen Ziele der Bundesregierung zu erreichen. Auch nicht, wenn man möchte oder da hin wollte. Darüber hinaus hat sich besonders der Maisanbau als problematisch für den Boden, also Erosionen, Humusabbau, für die Gewässer Nährstoffeinträge, Grundwasser, Oberflächengewässer für die gesamte Biodiversität, direkte Beeinträchtigung sowie Verdrängung naturnaher Biotope, Artenarmut der Anbauflächen, erwiesen. Die negativen Auswirkungen nur mit Überschriften, Grünlandumbruch. Eine Sache, die unsere Großväter, Großmütter niemals auf den Böden zugelassen hätten, die wir früher bewirtschaftet haben oder wo ich aufgewachsen bin. Vorgezogene Erntetermine, da haben wir den Einsatz nicht heimischer invasiver Arten, gentechnisch veränderte, Landschaftsbildveränderung, Verlust von Strukturelementen, Verlust von Lebensräumen, Artenvielfalt und naturschutzfachlich wertvollen Flächen, Vogelarten. Ich glaube, dass auf Grund des hohen Energieeinsatzes in den einzelnen Verfahrensschritten, der weitgehend auf NawaRo basierende Betrieb von Agrargasanlagen im Vergleich zu anderen Formen der regenerativen Energiegewinnung z. B. Photovoltaik oder Windkraft energetisch

weniger effizient ist. Das ist auch eine wichtige Sache, die untersucht werden muss. Wir können doch nicht einfach - und ich darf dafür den bayerischen Ausdruck gebrauchen - „weiterwurschteln“ wie bisher und einfach der Öffentlichkeit und der Bevölkerung sagen, das wird schon werden und das geht schon. Nein, wir müssen hier ganz klare, wissenschaftliche, naturwissenschaftlich haltbare Grundlagen für unsere Arbeit haben. Wenn der Energiemaisanbau auf organischen Böden, lange Transportwege sind schon gesagt worden, umweltbelastend wirkt, dann muss man das auch so nennen. Ich glaube, dass die globale Treibhausbilanz, die auch durch uns hervorgerufen wird, mit in den Fokus gerückt werden muss. Wir verdrängen nämlich die Erzeugung und Produktion von Landwirtschaftserzeugnissen in die sog. Schwellenländer, wo der Umbruch von Gras- und Waldland, Regenwald zu Gunsten derer, deren Anbau zur Freisetzung riesiger THG, also Treibhausgasmengen, mit insgesamt deutlich negativer Bilanz führt. Aus diesen Gründen ist die Agrargaserzeugung, wenn Sie sich über dieses Wort wundern, ich sage statt Biogas, Agrargaserzeugung, soweit sie auf der Verwendung von nachwachsenden Rohstoffen, besonders Maisbrot beruht, als massive Umweltbelastung einzustufen. Gehen Sie nach Niederbayern, wo heute schon längst der große Diskurs über die „Vermaisung“ der Landschaft angefangen hat. Diese Art der Agrargaserzeugung ist mit den nationalen und internationalen Verpflichtungen, auch dies ist wichtig zur Umsetzung des Klimaschutzes, Wasserrahmenrichtlinie, Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH), EU-Vogelschutzrichtlinie sowie zum Biodiversitätserhalt, nicht vereinbar. Wenn sogar das Thünen-Institut als landwirtschaftliche Bundesanstalt, also nicht irgendjemand, sondern die Bundesanstalt lapidar konstatiert, NawaRo, Agrargasanlagen sind keine effiziente Klimaschutzoption und verteuern andere Maßnahmen des Umweltschutzes, dann glaube ich, sollten wir innehalten und sollten sagen, da ist etwas fehlgegangen, da haben zu viele von bestimmter Lobby die Handschrift hinterlassen in diesem EEG. Deshalb ist es so dringend notwendig, dass hier heute darüber gesprochen wird. Vielleicht schafft der Bundestag es aus eigener Kraft, nicht über den Bundesrat, hier eine notwendige Korrektur vorzunehmen. Herzlichen Dank.

**Vorsitzende:** Danke schön. Dann SV Klaus Brunsmeier (BUND), bitte.

SV Klaus Brunsmeier (BUND): Vielen Dank Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren

Abgeordnete und meine sehr geehrten Damen und Herren! Herzlichen Dank für die Einladung an den BUND. Dank auch, dass ich als stellvertretender Vorsitzender, verantwortlich im Bundesvorstand für den Themenbereich Klima und Energie, heute was dazu sagen darf.

Ich werde mich jetzt ein bisschen von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern absetzen und vielleicht einmal ein paar positive Dinge an den Anfang stellen. Ich glaube, wir sind uns in Deutschland in den Zielen, 100 % erneuerbare Energien bis 2050, weitgehend einig. Ich denke, wir sind uns auch einig, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz in den letzten Jahrzehnten und Jahren sehr positiv gewirkt hat. Es hat dazu geführt, dass wir einen so hohen Anteil an erneuerbaren Energien haben. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist europaweit, ist weltweit an vielen Stellen sehr anerkannt und nachempfunden worden. Ich glaube, es bildet auch einen ausgezeichneten Rahmen für die Entwicklung von erneuerbaren Energien. Ich glaube, das müssen wir uns immer vor Augen führen, wenn wir zu dem Ziel 100 % erneuerbare Energien tatsächlich hinwollen, dass es erst einmal eine ganz wichtige Voraussetzung ist. Es gibt natürlich auch Fehlentwicklungen, die aus meiner Sicht aber zu vielen Fällen und zu vielen Teilen aus anderen Politiken kommen. Ich glaube, es ist sehr wichtig, einen guten Blick darauf zu werfen, mit welchen Instrumenten wir diesen Fehlentwicklungen auch tatsächlich entgegenwirken können.

Ich will das einmal an Beispielen deutlich machen: Es wird sehr intensiv die Vermaisung der Landschaft diskutiert. Sie wird sehr intensiv diskutiert mit erneuerbaren Energien. Sie wird aber sehr wenig diskutiert mit der Intensivierung der Tierhaltung. Sie wird sehr wenig diskutiert mit immer größeren Exporten von Fleisch aus Deutschland. Ich glaube, hier wird eine kleine Stellvertreterdiskussion geführt. Wir müssen darauf achten, dass die tatsächlichen Verursacher natürlich auch in der vollen Breite entsprechend diskutiert werden. Wir sagen, die Zukunft der Energieversorgung inklusive Biomasse ist regional, ist dezentral, ist kommunal und ist erneuerbar und mit einer Wertschöpfung vor Ort in der Region. Deswegen passt sie, meine ich, auch sehr gut in ein föderatives System, wie wir es in der Bundesrepublik Deutschland haben.

Hier in diesem föderativen System will ich auch noch einmal einen Punkt ansprechen, der mir sehr wichtig wäre, nämlich die Raumordnung. Wir planen in Deutschland jeden Meter Straße, wir planen in Deutschland jeden Quadratmeter Bauland. Wir planen aber nicht die Erzeugung von erneuerbaren Energien oder der Energien überhaupt, sondern überlassen dieses größtenteils dem Markt. Ich würde hier auch

noch einmal für ein Gegenstromprinzip werben wollen. Wir haben dazu, finde ich, ein sehr gutes Beispiel: Ich habe das einmal mitgebracht. Das ist die „Machbarkeitsstudie - Potentiale Erneuerbarer Energien im Regierungsbezirk Arnberg“ - wie man so etwas angehen kann. Man kann es sehr schlecht über die ganze Bundesrepublik Deutschland mit einem Strich machen, weil die Regionen einfach viel zu unterschiedlich sind. Deswegen brauchen wir regionale Ansätze. Wir werben in den Regionen dafür, sich zu verständigen, bis wann ich wie viel erneuerbare Energien erzeugen will und wodurch. Über diese regionale Entwicklung, glaube ich, kann man auch sehr großen Konsens herstellen. Denn in dieser Region Arnberg z. B. ist der Konsens mit allen Parteien hergestellt worden, dass wir bis 2020 2 % Windvorrangflächen ausweisen wollen, dass wir das Dachflächenpotential für Photovoltaik uns gemeinsam überlegt haben, dass wir 20 % mehr Strom aus Wasserkraft erzeugen können und dass wir uns genau überlegt haben, wie viel Biomasse können wir denn in diesem Regierungsbezirk unter ganz bestimmten Prämissen tatsächlich erzeugen. Nämlich, dass wir nur 25 % der Fläche für Biomasseerzeugung zur Verfügung stellen dürfen, dass wir mindestens eine dreigliedrige Fruchtfolge haben und dass wir den Holzeinschlag heute im Grunde genommen schon ungefähr bei 2/3 haben und die Potentiale dann nur bei einem Drittel liegen. Dort haben wir uns verständigt, wie eine weitere Entwicklung in diesem Bereich stattfinden kann. Wir werden das in die Ziele der Raumordnung der Regionalplanung aufnehmen. Wir werden über ein entsprechendes Monitoring nachprüfen, ob die ergriffenen Maßnahmen tatsächlich zu diesen Ergebnissen führen.

Meine Damen und Herren, das halte ich für ein sehr zweckmäßiges Vorgehen. Wenn Fehlentwicklungen da sind, und die sind vielfach angesprochen worden von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern, dann denke ich, müssen wir dem natürlich auch entgegensteuern.

Da gibt es Instrumente, meiner Ansicht nach, die auch viel zu wenig eingesetzt werden. Das eine Instrument ist, wenn Not am Mann ist, dann kann man auch mal eine Veränderungssperre über die Bauleitplanung entsprechend einsetzen oder man kann die Landschaftsplanung einsetzen, in dem man ganz bestimmte Ausschlussflächen festsetzt. Es ist heutzutage kein Problem. Über die Landschaftsplanung in Deutschland könnte man den Anbau von Mais und Intensivgrünland auf Moorböden verbieten - über die Landschaftsplanung. D.h. also, wir haben die Instrumente und sollten diesen Fehlentwicklungen auch regional und von unten entgegenwirken. Aber auch das ist eben schon

mehrfach durchgeklungen: Es ist natürlich auch in vielen Fällen Landwirtschaftspolitik. Die Landwirtschaftspolitik wird in großen Teilen von der EU-Agrarpolitik bestimmt. Ich meine, wenn wir Landwirtschaftspolitik in den Fokus rücken, dann ist es natürlich besonders über den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zu bearbeiten und wenn wir an Biodiversität denken und die Steigerung der Biodiversität natürlich auch über ELER zu befördern. Deswegen habe ich da eine völlig andere Meinung als unser erster Redner. Wir sollten das auf keinen Fall nur in die zweite Säule verlagern, sondern wir unterstützen ausdrücklich das Greening in der ersten Säule und da ist eine große Chance dieses dort, ich denke mal auch in der Sache, sehr gut zu verbessern. 7 % sind sicherlich viel zu wenig, aber es ist ein guter Ansatz, ein richtiger Ansatz in die richtige Richtung.

Wenn wir es in die Bereiche Landwirtschaft und Forstwirtschaft aufteilen, meine Damen und Herren, müssen wir immer erst einmal unter den Aspekten Energieeinsparung, Energie effizienter nutzen, Kraft-Wärme-Kopplung und dann erst erneuerbare Energien sehen. Da sehen wir mit großer Sorge, dass derzeit die Entwicklungen noch in die falsche Richtung gehen. Die Intensivtierhaltung nimmt zu. Der Grünlandumbruch findet statt. Die Fruchtfolgen werden enger, insbesondere bei Mais und Raps. Der Humusabbau findet statt. Die NawaRo's ersetzen die Stilllegungsflächen. Wir haben Nährstoffüberschüsse durch Importe und wir haben immer noch keinen Ausschluss von gentechnisch verändertem Anbau. Insofern haben wir ganz klare Forderungen, wo wir sagen: Wenn Biomassenutzung, dann muss sie natur- und umweltverträglich gewonnen werden. Sie muss effizient durch Kraft-Wärme-Kopplung und Wärme genutzt werden. Es muss immer ein Vorrang für Reststoffe, also z. B. Gülle und Mist, da sein.

Wir müssen uns auch darauf verständigen, dass zunächst Lebensmittel, dann Futtermittel, dann Rohstoffe und dann erst Energie erzeugt werden darf. Damit die Fehlentwicklungen nicht weiter unterstützt werden, brauchen wir auch eine Rücknahme der Beimischquoten und wir brauchen insbesondere einen Schluss mit der Exportförderung von tierischen Fleischerzeugnissen. Ich glaube, das ist in diesem Moment ganz wichtig.

Wenn wir über Biodiversität reden, vier Punkte: Wir brauchen eine Extensivierung in der Landschaft. Wir brauchen andere Schlaggrößen, kleine Schlaggrößen. Wir brauchen andere Fruchtfolgen in der Vielfalt und wir brauchen Einrichtungen, Ausstattungen in der Landschaft. Alles, was dieses befördert, alles was wir dabei an Biomasse und erneuerbaren Energien

erzeugen können und alles was dort Biodiversität befördert, das ist richtig und das sollten wir befördern und nicht das Ziel 100 % erneuerbare Energien aus den Augen verlieren. Vielen Dank.

**Vorsitzende:** Danke schön. Wir gehen jetzt in die Fragerunde der Abgeordneten. Wir beginnen mit Abg. Josef **Göppel** (CDU/CSU).

Abg. Josef **Göppel** (CDU/CSU): Meine erste Frage richtet sich an SV Dr. Armin **Vetter** (Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft, Pflanzenproduktion und Agrarökologie). Es sind genau genommen zwei Fragen. Zunächst eine kleine Vorbemerkung: Der wissenschaftliche Beirat des Bundeslandwirtschaftsministeriums empfiehlt mit warmen Worten das Bereitstellen von 5 % bis 10 % der landwirtschaftlichen Fläche für den Erhalt der Artenvielfalt. Grund: Die Ertragsstabilisierung. Deswegen wundert es mich ein bisschen, dass Sie da in der Beziehung so eine negative Haltung einnehmen.

Jetzt aber die Frage: Bei den Gärresten, die Sie angesprochen haben, liegt doch folgende Situation vor: Die Zufuhr von Mais zu Biogasanlagen geschieht heute schon über Entfernungen von 30 km, ja sogar bis 50 km in Einzelfällen. Die Ausbringung der Gärreste aber geschieht in einem wesentlich engeren Radius, so dass wir in vielen Teilen Deutschlands jetzt Aktivitäten der Wasserwirtschaftsbehörden wegen der übermäßigen Konzentration von Gärresten haben.

Meine zweite Frage an Sie betrifft die Grünlandnutzung: Ich teile Ihre Meinung, dass mehr Grünland in die Biogasanlagen eingebracht werden sollte. Sie sagen aber, oder Sie empfehlen uns, das Grünland unabhängig von seiner Intensität in die Reststoffklasse des EEG einzuordnen. Im Jahr 2011 war es in meinem Wahlkreis so, dass bereits im April der erste Schnitt stattfand und wir in diesem Jahr in vielen Fällen sechs Schnitte von Grünland hatten. Sind Sie wirklich der Meinung, dass das über das EEG noch mit Reststoffnutzung belohnt werden sollte?

**Vorsitzende:** Danke schön. Dann Abg. Dirk **Becker** (SPD).

Abg. Dirk **Becker** (SPD): Vielen Dank Frau Vorsitzende. Ich habe zwei Fragen an SV Bastian **Olzem** (Fachverband Biogas).

Ich will vielleicht mit dem beginnen, was SV Klaus **Brunsmeyer** (BUND) sehr richtig skizziert hat. Nämlich den Zusammenhang mit Nahrungsmittelproduktion, mit Futtermittelproduktion und natürlich auch die Kombination und die energetische Nutzung. Vor dem Hintergrund stellt sich auch die Frage, ist es richtig, eigentlich jetzt beim Thema

Nachhaltigkeit den Fokus auf die hier benannten Gesetze zu legen oder muss nicht eher, wie es SV Dr. Armin **Vetter** (Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft, Pflanzenproduktion und Agrarökologie) auch gesagt hat, der Zusammenhang zwischen Energiepflanzenanbau, Lebensmittelanbau und der energetischen Nutzung hergestellt werden. D.h., brauchen wir nicht eigentlich bei den Regelungen der Agrarpolitik entsprechende Anhaltspunkte?

Meine Frage konkret: Teilen Sie das, was SV Dr. Armin **Vetter** (Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft, Pflanzenproduktion und Agrarökologie) hier auch so formuliert hat, bis hin zu der Fragestellung, das klang ein bisschen mit an, wir sind in einem globalen Prozess, müssen wir hier nicht sehen, dass wir verstärkt europäisch diese Rahmenbedingungen auch hinbekommen? Wie ist da der europäische Kontext? Ich will noch eines erwähnen. Nach wie vor hat kein anderes Land in Europa die Nachhaltigkeitskriterien, die wir in Deutschland beim Thema flüssige Biomasse haben, umgesetzt. Nur einmal für den Hinterkopf, das ist ein großes Problem.

Zweite Frage ist die Frage zum EEG: Sie haben selbst auf die Veränderungen im EEG hingewiesen, die noch nicht in Kraft sind, aber schon stark angezweifelt werden, ob das, was beim EEG gerade im Bereich Biomasse getan wurde, ausreicht. Erstens, um die Fehlentwicklung beim Thema Mais zu beseitigen. Da haben wir gerade eine kleinere Größenklasse eingeführt, in der Hoffnung, dass das regulativ wirkt.

Und die zweite Frage, die haben Sie thematisiert beim Thema EEG: Wie ist das eigentlich mit der Marktprämie? Ist es richtig, dass die Marktprämie aller Voraussicht nach dazu führen wird, dass die Leute verstärkt nur deshalb in die Marktprämie gehen, weil sie dann von der Wärmenutzung befreit sind? D.h. wir würden das EEG ineffizienter machen, als es vorher war.

**Vorsitzende:** Danke schön. Dann Abg. Angelika **Brunkhorst** (FDP).

Abg. Angelika **Brunkhorst** (FDP): Ich habe zunächst eine Frage an SV Dr. Daniela **Thrän** (Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung): Und zwar, Sie oder auch andere hier in der Expertenrunde hatten gesagt, man denkt schon über alternative Energiepflanzen nach. Ich war jetzt vor kurzem bei einer Firma, die den Riesenknöterich vermehrt. Wir waren dort mit Landwirten, die auch sehr interessiert waren, aber gesagt haben, es ist alles noch viel zu teuer, viel zu kompliziert, keine Erfahrung damit. Keiner möchte Pionier sein bei solch einem großen Investment. Mich würde erst einmal interessieren, alternative Energiepflanzen, egal

ob das Rüben sind oder ob das Hirse ist oder wie auch immer. Wäre es dann überhaupt aus Ihrer Sicht eine Garantie dafür, dass auch eine bessere Artenvielfalt erreicht werden könnte oder erhalten bleibt?

Dann habe ich noch eine zweite Frage an SV Florian **Schöne** (NABU): Ich weiß jetzt gar nicht, ob ich bei Ihnen da so richtig bin, aber ich versuche es einfach mal. Es wurde hier auch schon erwähnt, man kann ja planen. Wenn man eine gute Planung hat, dann passiert das nicht, dass wir solche Konzentrationen bekommen. Ich selbst war auch mit im Kreistag und ich kann nur sagen, dass die Kreistage sich wirklich teilweise schon in Deckung bringen, weil sie sagen, potentielle Investoren können auch einklagen, wenn sie alle Unterlagen beibringen. Es führt zu grotesken Dingen, dass Kommunen alles zum Innenbereich erklären und sagen, hier geht gar nichts mehr. Das ist ja nun auch nicht unbedingt das, was man will, was man ermöglichen will. Wie sehen Sie denn die Planungshoheit der Kommunen überhaupt noch gewährleistet?

**Vorsitzende:** Danke schön. Dann Abg. Sabine **Stüber** (DIE LINKE.).

Abg. Sabine **Stüber** (DIE LINKE.): Danke Frau Vorsitzende. Wir wissen ja, dass Energiepflanzenanbau mit dem Nahrungs- und Futtermittelanbau und auch mit der Notwendigkeit des Schutzes natürlicher Ökosysteme konkurriert. Die energetische Nutzung von Biomasse ist nicht automatisch sinnvoll. Ich denke, es braucht umfassende Regelungen, einerseits um die Chancen zu nutzen und andererseits um die Risiken zu minimieren. Hier muss auch Politik wirken.

Deshalb meine Frage an SV Sebastian **Schönauer** (Bund Naturschutz in Bayern): Wir reden alle von der Ausgestaltung der GAP. Ich denke da nicht nur an die Säule II. Könnten Sie sagen, was aus Ihrer Sicht notwendig wäre, dort aufzunehmen, auch, um den Agrarraum, auch als Lebensraum für wildlebende Tiere und Pflanzen zu erhalten?

Die andere Frage: Mais, obwohl Maisfelder ja auch Brutlebensraum für verschiedene Vögel sind, ist meiner Ansicht nach die Kenntnis der Risiken, die der Anbau mit sich bringt, nicht so eindeutig gegeben. Ich denke da an das Wasser und an den Boden. Die Auswirkungen auf die Biodiversität sind nicht zu unterschätzen. Deswegen meine Frage an SV Dr. Armin **Vetter** (Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft, Pflanzenproduktion und Agrarökologie), der ja gesagt hat, dass es eine Verbesserung der Biodiversität durch Maisanbau gibt. Gibt es dazu Untersuchungen bzw. Studien? Danke.

**Vorsitzende:** Danke schön. Dann Abg. Dorothea **Steiner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Abg. Dorothea **Steiner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke Frau Vorsitzende.

Ich hätte zwei Fragen an SV Klaus **Brunsmeyer** (BUND):

Als Vorbemerkung würde ich vielleicht noch sagen, wir wissen alle, das ist auch heute noch einmal deutlich geworden, dass der Verlust an Biodiversität in mehreren Bereichen einfach stattgefunden hat, und zwar deutlich und erkennbar. Sowohl was Flora, als auch was Fauna anbelangt. Ich würde das schon noch einmal unterstreichen, weil immer wieder Tendenzen deutlich werden, zu sagen nein, am Maisanbau, daran liegt es ja nicht und es ist gar kein Verlust an Biodiversität. Das haben wir auch gerade gehört. Vorausgesetzt, dass wir uns darüber im Klaren sind, ist immer noch eine Frage, wo die Ursachen des Verlustes an Biodiversität liegen. Sie haben auch ausgeführt, dass Sie da auch eine enge Verbindung zur Landwirtschaft sehen. Ich würde genau in dem Zusammenhang nämlich einmal erfragen wollen, wie bewerten Sie den Grünlandumbruch? Ist der stärker auf landwirtschaftliche Intensivnutzung oder eher Energiepflanzenutzung zurückzuführen? Sie hatten auch Ausführungen gemacht, welche Möglichkeiten Sie sehen, den Grünlandumbruch eventuell einzuschränken. Meine zweite Frage wäre, wenn man überlegt, wie gehe ich konstruktiv mit den Fehlentwicklungen in der Biomasseproduktion um? Welche Chancen sehen Sie und welche Instrumente durch Veränderung der Förderbedingungen die Fehlentwicklung in diesem Bereich zu beheben?

**Vorsitzende:** Danke schön. Dann gehen wir jetzt in der Beantwortung der Fragerunde von rechts nach links. Ich würde SV Klaus **Brunsmeyer** (BUND) die Beantwortung der Fragen von Abg. Dorothea **Steiner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) überlassen.

SV Klaus **Brunsmeyer** (BUND): Vielen Dank Frau Vorsitzende. Ich hatte schon darauf hingewiesen, dass es sehr wichtig ist, bei der Beurteilung und Betrachtung dieser derzeitigen Situation, das gesamte Feld in den Fokus zu nehmen. Ich glaube, dass in der Vergangenheit zum ganz überwiegendem Anteil, insbesondere die Weiterentwicklung, die Entwicklung in der Landwirtschaft die größte Auswirkung hatte. Wir haben nach wie vor das Prinzip "Wachse und weiche." Wir haben nach wie vor die Situation, dass die Schlaggrößen zunehmen. Wir haben nach wie vor die Situation, dass die Fruchtfolgen abnehmen. Wir haben nach wie vor die Situation, dass in den Flächen die Voraussetzungen für

eine bessere Biodiversität immer schlechter werden. Wir haben auch das EU-Ziel, den Rückgang der Biodiversität bis 2010 zu stoppen, nicht erreicht. Wir werden es auch bis 2020 nicht schaffen, wenn sich nicht grundlegend etwas ändert. Das heißt, die Entwicklung geht nach wie vor immer noch in die verkehrte Richtung und wir müssen uns, meine ich, mit der gleichen Intensität und wahrscheinlich sogar mit einer größeren Intensität auch auf die Landwirtschaftspolitik konzentrieren. Hier ist an erster Stelle nach wie vor der Pestizideinsatz zu nennen. Hier ist an erster Stelle nach wie vor die Intensivierung zu nennen. Hier ist an erster Stelle nach wie vor auch die europäische Agrarförderung zu nennen. Da ist ja jetzt der Zeitpunkt, denke ich, wo im Wesentlichen auch mit dazu beigetragen werden kann, umzusteuern. Ich darf vielleicht an der Stelle erwähnen, dass ich selbst einen Biolandbetrieb im Sauerland unter ökologischen Aspekten betreibe, im Bereich des Naturschutzes. Ich weiß nicht, wer von Ihnen schon einmal ein Flächenverzeichnis ausgefüllt hat. Man kann heutzutage bis auf den letzten Quadratmeter im Flächenverzeichnis Festlegungen treffen und man muss sie auch angeben. Ich glaube, dass da eine große Chance durch entsprechende Festsetzungen in der EU-Agrarförderung in den ELER-Programmen der Länder besteht. Und das ist jetzt eine große Chance, denke ich, auch für Deutschland, in den Ländern hier entsprechende Festsetzungen zu treffen, in der Landwirtschaftspolitik diese Fehlentwicklung entsprechend mit zu bearbeiten. Ich sehe den ersten Fokus nach wie vor in der Landwirtschaftspolitik, in der Weiterentwicklung der ELER-Förderung und erst an zweiter Stelle Fehlentwicklungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz entgegenzuwirken. Dort aber bitte immer unter dem Fokus, wir müssen noch viel mehr Energie aus erneuerbaren Energien erzeugen und wir müssen dabei die Biodiversität im Auge behalten.

Wie kann man das vor Ort lösen? Denn das ist nach wie vor aus meiner Sicht ein ganz wichtiger Aspekt. Regional, dezentral, kommunal, erneuerbar, mit der Wertschöpfung vor Ort. Hierfür müssen die Voraussetzungen besser vorangebracht werden und wenn ich die Frau Abgeordnete von der FDP vielleicht nochmal ansprechen darf: Ich glaube, es ist dringend an der Zeit, dass wir die Kreise auch wieder ermuntern und ertüchtigen und sie in die Lage versetzen, diesen Fehlentwicklungen auch eigene Konzepte entgegenzusetzen. Ich glaube, das ist das Gebot der Stunde. Da gibt es Möglichkeiten in der Raumordnung, das habe ich angesprochen. Das würde ich gerne nochmal hervorheben wollen. Diese sollten wir nutzen, damit es nicht zu den absurden Situationen

kommt, dass das gesamte Stadtgebiet zum Innenbereich erklärt wird, wie Sie es gerade angesprochen haben, dann ist es auf gutem Wege und da würde ich an dieser Stelle sehr für werben wollen, bevor wir andere Schritte machen, die wirklich notwendige, positive Entwicklungen im Bereich der erneuerbaren Energien abwürgen. Vielen Dank.

**Vorsitzende:** Danke schön. Dann SV Sebastian **Schönauer** (Bund Naturschutz in Bayern), Sie haben eine Frage von Abg. Sabine **Stüber** (DIE LINKE.).

SV Sebastian **Schönauer** (Bund Naturschutz in Bayern): Die Hoffnung auf die GAP ab 2013, also Gemeinsamen Agrarpolitik, ist okay. Hier müssen grundlegende Strukturen neu geordnet werden. Das ist auch das Ziel der Kommission, aber wie erbittert gegen noch so bescheiden ökologische Dinge dort vorgegangen wird - von der Lobby, die hier jetzt nicht zu benennen ist - zeigt doch, dass überhaupt nicht gewollt ist, dass wir eine andere große Struktur bekommen, die in die ökologische Richtung führt. Deshalb meine Antwort auf Ihre direkte Frage. Die 7 % werden ja bestritten, das meint man ja, da ist irgendwas Schlimmes passiert. In Wirklichkeit sind das Flächen, die sowieso vorhanden sind. Dass die zweite Säule gestützt werden muss und nicht kaputt gemacht werden darf.

Zum Einzelnen: Wir müssen doch erreichen, wenn schon GAP angesprochen wird, dass umweltschädliche Subventionen abgebaut werden. Subventionen, die gegen das gerichtet sind, was wir dann in Sonntagsreden immer wieder hören können. Obergrenzen für Tierhaltungen und ähnliches. Grundsätzlich muss eben gelten: „No Good, No Money“. Wenn ich nicht das bringe, was an ökologischer Leistung von mir erwartet wird, dann darf es auch kein Geld geben. Es kann doch nicht sein, dass der Steuerzahler der EU den halben EU-Haushalt hernimmt und in die Landwirtschaft hineingibt und dafür die Probleme kriegt, die wir heute haben. Das kann nicht sein.

Zum Letzten noch eine Bemerkung: Es bringt auch nichts, wenn wir uns hier über ganz neue Pflanzen und andere Dinge unterhalten. Symptombekämpfung bringt es nicht. Was wir brauchen ist tatsächlich, sich zu beschäftigen und zum Abschluss, zu dieser Frage nach GAP: Wir sollten doch im eigenen Haus, und ich habe es vorhin schon angemerkt, bei der Novellierung des EEG die Dinge in Ordnung bringen, nicht immer gleich nach dem anderen rufen. SV Klaus **Brunhmeier** (BUND) sagt: Ich komme aus der Kommunalpolitik, als zweiter Bürgermeister, ich weiß, um was es geht. Da brauchen wir nicht sagen, wir haben alle Macht. Wir haben überhaupt keine Macht, wenn es darauf

ankommt und auch nicht nach oben rufen, EU wird's schon richten, sondern wir haben und deswegen bin ich nach Berlin gefahren, bin um 4.00 Uhr raus, bin ich hierher gefahren, um hier darüber zu diskutieren, dass die Auswüchse, die vorhanden sind, im EEG beschrieben werden und möglichst durchs Parlament abgestellt werden.

**Vorsitzende:** Danke schön. Dann SV Dr. Daniela **Thrän** (Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung), Sie haben eine Frage von Abg. Angelika **Brunkhorst** (FDP).

SV Dr. Daniela **Thrän** (Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung): Die Frage, was passiert im Bereich alternative Energiepflanzen und sind sie als Garant für eine höhere Artenvielfalt zu verstehen. Was gegenwärtig geforscht wird, sind Pflanzen, die einen höheren Kohlenstoffgehalt haben, weil Kohlenstoff der Teil ist, der energetisch umgesetzt wird. Es wird nach Pflanzen und Anbausystemen geforscht, die geringere Wasseransprüche haben, die eine geringere Bewirtschaftungsintensität mit sich bringen und insbesondere, wenn man nicht nur auf Biogas guckt, sondern auch auf die Verbrennung von Festbrennstoffen auch Pflanzen, die einen geringeren Nährstoffgehalt haben. Das sind alles Systeme, die mehr Vielfalt bringen werden, bringen können und wo sich gute Möglichkeiten daraus ableiten können. Insbesondere, wenn man dann noch darüber denkt, diese Systeme zu kombinieren, also sog. Mischfruchtanbau. Es ist allerdings nicht als Garant für eine höhere Artenvielfalt aus meiner Sicht zu sehen, sondern als Voraussetzung. D.h. hier müssen noch weitere Aspekte dazukommen und das sind insbesondere, ist auch schon hier und da genannt worden, Fragen, wie Landschaftstrukturen und Fragen der, ich nenne das mal, ich bin Ingenieur, der vor-Ort-Optimierung. Dann eben wirklich auch vor Ort die Potentiale auszuschöpfen.

Es gibt zwei Probleme, die man berücksichtigen muss: Nämlich das eine ist, dass diese Systeme in der Regel eine etwas andere Produktivität haben und man damit mit höheren Kosten rechnen muss. Dass man auch damit, sage ich einmal, wenn man die ganze Nachhaltigkeitsbewertung, wie im Moment, sehr stark auf die CO<sub>2</sub>-Einsparungen fokussiert, diese Effekte natürlich im Moment nicht sehen kann. D.h., hier ist sicher der Bedarf, dass man bei den Nachhaltigkeitsfragestellungen, wenn man sie über diesen sehr globalen Biokraftstoffansatz hinaus auch z. B. im EEG anwenden möchte, sicher weitere Kriterien finden muss.

Ich würde vielleicht gerne noch darauf hinweisen, dass sich für die Anbausysteme, wo es schon gewisse Hinweise gibt, wie die

aussehen können, ob das Kurzumtrieb ist, ob das die Durchwachsene Silphie ist oder auch andere. Ja, jetzt im neuen EEG mit dieser erhöhten Vergütungsklasse durchaus der Versuch findet, genau diese höheren Kosten dahingehend zu kompensieren, dass es auch für den Landwirt interessant sein könnte, diese Systeme je nach Standort auch zu nutzen. Vielen Dank.

**Vorsitzende:** Danke schön. Dann SV Bastian **Olzem** (Fachverband Biogas), Sie haben zwei Fragen von Abg. Dirk **Becker** (SPD).

SV Bastian **Olzem** (Fachverband Biogas): Vielen Dank. Abg. Dirk **Becker** (SPD), Sie haben völlig Recht. Aus unserer Sicht wäre es wenig zielführend hier Landwirtschaftsrecht ins EEG zu verlagern, weil sie damit eben nur ein Viertel, oder ich will mich nicht über die Zahlen streiten, ein Drittel der Fläche erschlagen. Insofern müssen wir hier schauen, wenn wir auf die europäische Ebene nach Cross Compliance gehen, was uns hier in Deutschland natürlich auf die Füße fällt, sind beim Grünlandumbruch beispielsweise diese Shifting-Effekte. SV Florian **Schöne** (NABU) nennt das auch immer. D.h. wir haben Regelungen im Cross Compliance zum Grünlandumbruch. Beispielsweise in Niedersachsen ist auch 2008 die 5 %-Grenze gerissen worden und 2009 in Schleswig-Holstein, d.h. dort wurden Grünlandumbruchverbote auf Grund der Cross Compliance-Regelungen ausgesprochen. Nur darf der Landwirt weiterhin Grünland umbrechen, wenn er an anderer Stelle dafür die gleiche Fläche Grünland einsät. Diese Dinge muss man natürlich nachsteuern. Es kann nicht sein, dass er dann in sensiblen Bereichen Grünland umbricht und an anderen naturschutzfachlich geringerwertigen Flächen dann Grünland wieder einsät. Hier kann man durchaus auch jetzt in der GAP-Reform an Cross Compliance im Sinne der Biodiversität Dinge verändern.

SV Prof. Karin **Holm-Müller** (Institut für Lebensmittel- und Ressourcenökonomik) hat es bereits auch angesprochen: Vollzugsdefizite. Wir haben zahlreiche Regelungen, aber Sie wissen auch, dass die Agrarämter und die Landwirtschaftskammern in den letzten Jahren massiven Stellenabbau hatten. D.h. das vorhandene Recht wird in der Praxis nicht einmal umgesetzt. Das heißt, da passieren Dinge, die heute schon verboten sind. Das gehört aus meiner Sicht abgeschafft. Das heißt, hier muss stärker in der Fläche kontrolliert werden. SV Sebastian **Schönauer** (Bund Naturschutz in Bayern), Sie tun gerade so, als hätten wir das EEG nicht gerade novelliert und die Umweltministerkonferenz (UMK) hat es anscheinend auch noch nicht wirklich gelesen,

was im EEG 2012 drin steht. Das heißt, wir haben den Güllebonus entkoppelt. Es gibt keine Querfinanzierung des Energiepflanzenanbaus durch den Güllebonus mehr. Wir haben den Güllebonus deutlich abgesenkt. Es ist jetzt nur noch ein Achtel bis ein Zehntel von dem, was wir im EEG 2009 hatten. Der NawaRo-Bonus ist gesenkt worden. Wir haben einen 60 % Maisdeckel. Wir haben eine Vorgabe von 60 % Wärmenutzung. Das heißt, der Fachverband Biogas geht davon aus, dass der Neuanlagenzubau im nächsten Jahr um 60 % bis 70 %, wenn nicht sogar um 80 % einbrechen wird. Das heißt, es sind hier zahlreiche Maßnahmen im EEG verabschiedet worden. Lassen Sie die doch erst einmal wirken. Es ist ein scharfes Schwert, was da eingezogen worden ist.

Dann vielleicht noch zur 75 KW-Klasse: Manche haben immer die Vorstellung, das sei jetzt die Anlage für den Kleinstbetrieb in Bayern. Aber wenn sie die 75 KW aus 100 % Gülle machen möchten, dann brauchen sie 500 Großvieheinheiten. Das ist durchaus eine Anlagenklasse für Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, wo dann Energie produziert werden kann, Methanemissionen vermieden werden können und gleichzeitig der Flächenbedarf nicht weiter steigt. Viele Leute sagen immer, kleine, ineffiziente Anlagen. Ich möchte einmal darauf hinweisen, dass die Firma Schnell, Produktion von Zündstrahlmotoren, momentan einen Motor entwickelt. Elektrischer Wirkungsgrad 48,3 %. Da ist der Anlagenbetreiber, wenn er kein Stück Wärme nutzt, schon wesentlich besser als die Kohlekraftwerke, die 35 % bis 38 % Wirkungsgrad haben. Also 10 Prozentpunkte besser bei dem kleinen Motor. Selbst wenn er die Wärme überhaupt nicht nutzt.

Dann noch ein Thema: „Marktprämie“. Es werden Anlagen in die Marktprämie wechseln, das ist richtig. Es gibt natürlich auch Risiken bei der Marktprämie und Sie hatten, Abg. Dirk **Becker** (SPD), die Ausnahme von der Wärmenutzung angesprochen. Das müssen wir natürlich genau beobachten, was da jetzt passiert. Im Windbereich gibt es schon große Ankündigungen, dass da sehr viel in die Marktprämie wechselt und dass das möglicherweise dann auch zu Mehrkosten in der gesamten EEG-Umlage führt. Nun müssen wir sicherlich genau hinschauen. Wir können das momentan noch nicht wirklich abschätzen, was da passiert. Vor allen Dingen muss man natürlich die Sache mit der Befreiung von der Wärmenutzung im Blick behalten.

**Vorsitzende:** Danke schön. Dann haben wir SV Florian **Schöne** (NABU), Sie beantworten bitte die Frage von Abg. Angelika **Brunkhorst** (FDP).

SV Florian **Schöne** (NABU): Ganz herzlichen Dank. Abg. Angelika **Brunkhorst** (FDP), Sie haben vollkommen Recht, das ist ein Thema, das wird sehr intensiv an uns herangetragen. Ich habe Fälle von Ortsbürgermeistern aus Schleswig-Holstein, die sagen, das Problem ist die regionale Konzentration. Das lässt sich über das Planungsrecht tatsächlich nicht korrigieren. Wenn in einer Kommune unabhängig voneinander drei Anlagenbauer eine Anlage planen, dann herrscht Krieg im Dorf, wirklich, auch mit den Landwirten. Die Ortsbürgermeister sind überfordert, weil jede Anlage formal die Anforderungen erfüllt. Da sind natürlich die Kommunen an der Stelle restlos überfordert. Wir haben wiederholt die Bitte bekommen, auch über die Landespolitik in Schleswig-Holstein. Die zuständige Abteilungsleiterin hat sich an uns gewandt: Können wir nicht irgendwie einen Nachhaltigkeitsnachweis einfordern, dass wenigstens sichergestellt wird, dass die Flächen überhaupt vorhanden sind. Wenn der eine Investor ohne die Konkurrenz plant, dann ist die Fläche plötzlich doppelt verplant. Das hat eben diese enormen Landnutzungsänderungen und Flächenkonkurrenzen zur Folge. Vor dem Hintergrund sehe ich die Politik in der Pflicht, auch auf Bundesebene solchen Fehlentwicklungen Einhalt zu gebieten. Ich will noch einen Satz zu dem sagen, was hier angesprochen wurde, die Antwort auf die Frage, wer eigentlich verantwortlich ist. Schauen Sie einmal nach Europa, meine Damen und Herren. Sie werden sich wundern, wir sind Spitzenreiter beim Grünlandverlust. Wir sind Spitzenreiter beim Maisanbau. Das muss ausschließlich, faktisch ausschließlich, auf die enorme Förderung über das EEG zurückzuführen sein. Da muss ich auch meinem Kollegen, SV Klaus **Brunsmeyer** (BUND), sehr deutlich widersprechen. Das Thünen-Institut hat uns vorgerechnet, meine Damen und Herren, dass die Entwicklung seit 2005 faktisch ausschließlich in den Energiemais gegangen ist, weil die Futtergrundlage sich nicht verändert hat. Die Nutztierbestände sind weitgehend stabil geblieben und die Sojafuttermittelimporte haben zugenommen. Aber meine Damen und Herren, das Thünen-Institut hat sehr sauber belegt: Die Zuwächse sind maßgeblich auf den Energiemais zurückzuführen.

**Vorsitzende:** Danke schön. Dann kommt SV Dr. Armin **Vetter** (Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft, Pflanzenproduktion und Agrarökologie). Sie haben zwei Fragen von Abg. Josef **Göppel** (CDU/CSU) und eine Frage von Abg. Sabine **Stüber** (DIE LINKE.).

SV Dr. Armin **Vetter** (Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft, Pflanzenproduktion und Agrarökologie): Abg. Sabine **Stüber** (DIE LINKE.): Wir haben in Zukunft ein Problem in der deutschen und europäischen Landwirtschaft. Wenn Sie einmal genau hinschauen, verengen wir im Futtermittelsektor auf Grund der Kopplung an die Weltmarktpreise immer weiter unser Anpassungsspektrum. Kartoffelanbau rückläufig - wir essen keine Kartoffeln mehr. Braugerste - wir trinken kein Bier mehr oder wir trinken weniger Bier. Exportieren können wir es nicht. Die Zuckermarktordnung wird demnächst ausgesetzt. Der Zuckerrübenanbau wird drastisch zurückgehen. Mais, vor allen Dingen Körnermais, wird auf Grund der Klimaänderung zunehmend Wintergerste als Futtergetreide verdrängen. Am Schluss bleiben im Wesentlichen drei Fruchtarten übrig, die wir in Deutschland großräumig anbauen werden. Das ist Winterweizen, in einigen Regionen Mais für Futter. Ackerfutter ist auf Grund seiner geringen Energiedichte mehrschichtiges Ackerfutter, nicht konkurrenzfähig zu Mais in der Futterproduktion. Absolut nicht, es ist unwirtschaftlich. Es bleiben noch übrig: Mais, Raps und Winterweizen. Wenn Sie sich dann in Marktfruchtregionen heute schon Fruchtfolgen ansehen, wo ich herkomme aus der Marktfruchtregion, wie gesagt, Marktfruchtregion sagt man alles, was weniger wie 0,5 Großvieheinheiten pro Hektar hat. Das ist fast ganz Ostdeutschland und Hildesheimer Börde und was es da alles gibt, Aachener Tieflandsbucht. Da haben sie Fruchtfolgen, da haben sie Gott sei Dank die Zuckerrübe noch drin. Die heißt Winterweizen, Winterweizen, Zuckerrübe oder Winterweizen, Winterweizen, Sommergerste, Raps. Jetzt stellen Sie sich einmal vor, die Sommergerste verschwindet bzw. die Zuckerrübe verschwindet. Dann ist in diesen Regionen Mais eine sehr wertvolle Fruchtart zur Auflockerung der Fruchtfolgen, weil vor allen Dingen dann im Sommer, wenn die Getreideflächen, was 75 % der Anbauflächen ausmacht, abgeerntet sind, nichts mehr da ist und der Mais wirklich als grüne Brücke für Insekten bis zur Neuaussaat dient. Noch einmal, wir brauchen Vielfalt. Das war noch einmal die Anregung, die ich am Anfang gemacht habe. In dieser Richtung auch noch einmal eine Anmerkung zu den neuen Kulturarten: Sachalin-Knöterich. Wir haben hier die Chancen, neue Kulturarten aufzunehmen und in Anwach zu bringen. Durchwachsene Silphie. Wir können auch alte Kulturarten wie mehrschichtiges Ackerfutter wieder reinbringen. Wenn das EEG dementsprechend mit einem Boni arbeitet, sind das die einzigen Chancen, die wir wirklich haben. Aber einige Fruchtarten, die eben massiv sind, ich denke an die Knötericharten, da ist noch viel Forschung notwendig, um sicherzugehen, dass

wir dort keinen Schiffbruch erleiden und den dann irgendwo in der Gegend finden. Zur Frage von Abg. Josef **Göppel** (CDU/CSU): Es ging um die Gärrestrückführung. Im engen Radius, wenn Mais von weit her herangefahren wird. Es ist eine ökonomische Frage. Da gibt es meiner Meinung nach zwei Stellschrauben, mit denen man das verhindern kann. Es passiert zum Teil. Das müssen wir ganz ehrlich zugeben. Die erste ist, dass der Stickstoff aus den NawaRo in der Düngerverordnung dem im Gärrest gleichgestellt wird, dem Stickstoff aus der Gülle. Also, die 170 kg Stickstoff-Bremse zieht. Soweit ich gehört habe, sind da auch Gespräche im Gange. Damit wäre das geregelt. Das Zweite ist, im EEG sollte die Gärresttrocknung nicht mehr gefördert werden. Damit indirekt über KWK-Bonus oder Wärmeanrechnung. Damit kann man automatisch den Transport verteuern und man fährt nicht mehr so viel durch die Gegend. Das Dritte, und da glaube ich an den Markt, es setzt sich bei den Landwirten zunehmend durch, dass Stickstoff langsam wertvoll ist, weil er teuer ist oder teurer wird und die Landwirte anfangen auch mehr nachzudenken, den Stickstoff optimal für das Pflanzenwachstum einzusetzen. Das war die erste Frage. Die zweite Frage, Grünland. Im alten EEG, was jetzt noch gilt, werden Grünlandaufwüchse nur in sehr geringem Umfang eingesetzt. Es gibt viele Initiativen, das zu verbessern. Meist fährt man so, dass die ersten ein, zwei Aufwüchse in den Tiermagen gehen und der dritte bis fünfte oder sechste Aufwuchs in die Biogasanlage. Das hat sich so eingebürgert. Das neue EEG-Einsatzstoffvergütungsklasse 1 und das jetzt geltende EEG haben etwa die gleiche Vergütung für Grünland. Ich sage also, wenn das Grünland in EEG-Einsatzstoffklasse 1 bleibt, das normale Grünland, nicht das Extensivgrünland, wird auch zukünftig kein massiver Einsatz von Grünlandaufwüchsen im EEG in den Biogasanlagen erfolgen. In der Einsatzstoffklasse 2, wo es jetzt drinsteht, aber als Extensivgrünland, also maximal zweischichtig, bringt es kaum Biogas. Ich bezweifle, dass trotz Einsatzstoffvergütungsklasse 2 im nennenswerten Umfang Grünlandaufwüchse, ich bezweifle es, ich weiß es nicht genau, im nennenswerten Umfang in die Biogasanlagen gefahren werden. Deswegen wäre es mir lieber gewesen, erst einmal Grünland grundsätzlich in die Einsatzstoffklasse 2 aufzunehmen, um es damit einfach wirtschaftlicher zu gestalten und was wirtschaftlich ist, bricht man nicht um.

**Vorsitzende:** Danke schön. Wir kommen jetzt in die nächste Fragerunde. Wir haben jetzt noch insgesamt eine Stunde für die Anhörung.

Mein Vorschlag ist jetzt, wir machen zwei Fragerunden der Abgeordneten und Sie können dann sowohl noch zum Themenkomplex 1 als auch in den Themenkomplex 2 hinüber wechseln, weil wir eben nur eine Stunde haben. Die Zeit ist sehr knapp. Ich gebe als ersten Abg. Cajus Julius **Caesar** (CDU/CSU) das Wort.

Abg. Cajus Julius **Caesar** (CDU/CSU): Meine Frage richtet sich an SV Prof. Dr. Hermann **Spellmann** (Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt Göttingen): Es geht darum, dass Sie geschildert haben, wie es denn mit dem Holzfehlbedarf aussieht. Wie sieht es mit der Zurverfügungstellung von Biomasse aus? Wie können wir die Ansprüche an die Biomasse, insbesondere Holz, dann realisieren? Zum einen würde ich gerne ansprechen wollen, sehen Sie das auch so, wie ich es jetzt hier schildere, dass man beispielsweise auch durch eine Zuwachssteigerung, durch entsprechende Holzmobilisierung im Kleinprivatwald, aber durch eine Zeitbeimischung von Nadelholz mit klimaverträglichen Baumarten, wie etwa Küstentanne und Douglasie, das auf Zeit erreichen kann, weil ja gerade die Laubhölzer den Zuwachs natürlich herabsenken und wir den Anteil an Laubhölzern von Nadelhölzern von über 60 % auf ungefähr 25 % abgesenkt haben? Oder sehen Sie den Bereich der Landschaftspflege, der Kurzumtriebsplantagen, als Möglichkeit hier noch weiter voranzukommen? Und sehen Sie durch die Holzmobilisierung, etwa im kleinen Privatwald, Möglichkeiten, in dem wir mehr Forstleute einsetzen, die die Waldbesitzer ansprechen und dadurch durch qualifiziertes Personal letztendlich die Möglichkeit schaffen, dieses Holz doch auf großer Fläche naturnah nachhaltig gewirtschaftet zur Verfügung zu stellen?

Das ist die eine Frage an Sie und die zweite wäre: Wir haben auch eine ganze Reihe von Holzindustriebetrieben, Sägewerken und anderen, die die Möglichkeit haben, beispielsweise auch ihr Holz durch Einspeisung oder aber auch durch Befriedigung von Eigenbedarf energetisch zu verwerten. Da gibt es im EEG die Deckelung auf 20 MW. Diese Deckelung gilt nicht für Altanlagen. Sehen Sie auch eine Möglichkeit da etwas zu erreichen, indem man diese Deckelung im EEG letztendlich nicht mehr auf Dauer so darlegt, sondern dass man sie letztendlich auch für Altanlagen, die gesamte Leistung als Einspeisung realisieren kann? Weil dieses ja dann auch zumindest Holz für den energetischen Bereich bereitstellen würde, den wir an anderer Stelle nicht einsetzen können. Herzlichen Dank.

**Vorsitzende:** Danke schön. Dann Abg. Dr. Matthias **Miersch** (SPD).

Abg. Dr. Matthias **Miersch** (SPD): Vielen Dank. Ich habe eine Frage an SV Klaus **Brunsmeyer** (BUND) und an SV Prof. Dr. Karin **Holm-Müller** (Institut für Lebensmittel- und Ressourcenökonomik). Nach den Stellungnahmen, vor allen Dingen auch von SV Sebastian **Schönauer** (Bund Naturschutz in Bayern) und SV Florian **Schöne** (NABU), drängt sich bei mir die Frage auf: Wo ziehen wir die Leitplanken? In welchen gesetzlichen Grundlagen überlassen wir das der Landwirtschaft? Oder müssen wir im EEG, im erneuerbaren Wärmegesetz, im Biokraftstoffquotengesetz, weitere Änderungen zum Erhalt der Biodiversität einziehen? Wenn wir, was ich herausgehört habe, sehr stark auf GAP etc. setzen, dann kann ich nur darauf verweisen, dass die geballte Lobbygruppe, aus meiner Sicht jedenfalls, das alles, was dort in Planung ist, in wenigen Monaten zumindest sehr stark minimieren wird, was die Ziele ökologischer Standards anbelangt. Deswegen drängt sich bei mir die Frage auf, ob wir als Umweltpolitiker und Sie wissen das, dass wir sehr stark an Ressorts denken, auch heften. Wir sind hier für die drei Gesetze, die ich genannt habe, federführend zuständig. Bei landwirtschaftlicher, guter landwirtschaftlicher Praxis sind wir als Umweltpolitiker an vielen Stellen draußen vor. Es ist ein anderes Ressort, sozusagen. Trotzdem kommen die Erneuerbaren durch die Fehlentwicklung in der Landwirtschaft in Verruf. Deswegen ist für mich die Grundfrage, ob wir das sehenden Auges zulassen und sagen, mehr ist nicht drin in unseren federführenden Gesetzen, oder ob wir wirklich auch hier Grenzen oder Vorgaben einziehen, die dem Umweltgedanken Rechnung tragen? Das ist meine Grundfrage. Wenn Sie sagen, wir sollten es nicht nur den landwirtschaftlichen Spezialgesetzen überlassen, welche Grenzziehungen, welche Möglichkeiten der Regelung von Biodiversität bzw. Erhalt sehen Sie als Vorschlag?

**Vorsitzende:** Danke schön. Dann Abg. Angelika **Brunkhorst** (FDP).

Abg. Angelika **Brunkhorst** (FDP): Vielen Dank Frau Vorsitzende. Ich habe wieder eine Frage an SV Dr. Daniela **Thrän** (Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung) und dann eine zweite Frage an SV Dr. Armin **Vetter** (Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft, Pflanzenproduktion und Agrarökologie).

SV Dr. Daniela **Thrän** (Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung), ich habe mir das alles so ein bisschen mitgeschrieben, was Sie mir gesagt haben. Das wirft natürlich schon noch neue Fragen auf und zwar würde ich Sie bitten, noch einmal auszuführen, wenn Sie sagen, eine

Kombination von verschiedenen Maßnahmen, eine Vor-Ort-Optimierung kann dazu führen, dass Artenvielfalt steigt. Meine Frage jetzt dazu: Wird das eine ähnliche Artenvielfalt sein, wie sie dort ursprünglich war? Wird sich diese ändern? Gibt es dazu dann Forschungslinien? Wer sind ihre Forschungskooperationspartner in dem Sinne und die Regionen, die Sie erforschen?  
SV Dr. Armin **Vetter** (Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft, Pflanzenproduktion und Agrarökologie), Sie haben vorhin in Ihren Ausführungen gesagt, Mais ist eigentlich gar nicht so schlecht, wenn wir denn noch wenige Getreidearten haben. Mich würde interessieren, wir wissen alle, dass Mais mit sich selbst sehr verträglich ist, es eine hohe Toleranz auch für Gülle hat und mir kommt immer häufiger zu Ohren, dass die Wasserverbände auch, oder die Wasserversorger eben auch sagen, in solchen wirklich intensiven Gebieten, dass auch die Wasserqualitäten wieder schlechter werden. Da würde ich Sie gern um eine Stellungnahme bitten, wie man das dann regeln will.

**Vorsitzende:** Danke schön. Dann Abg. Sabine **Stüber** (DIE LINKE.).

Abg. Sabine **Stüber** (DIE LINKE.): Danke Frau Vorsitzende. Ich habe zwei Fragen an SV Sebastian **Schönauer** (Bund Naturschutz in Bayern). Wir haben die Waldstrategie der Bundesregierung beschlossen. Die sagt uns, eine Versorgungslücke mit Holz im Jahre 2020 voraus. Deshalb meine Frage: Wie bewerten Sie den ökologischen Wert des Anbaus von lilienförmig schnellwachsenden Gehölzen, praktisch kurzlebigen Hecken und gerade im Hinblick auf wildlebende Tiere und Pflanzen?  
Die zweite Frage: Wie bewerten Sie es, dass die privaten Kleinwaldbesitzer häufig ihren Wald nicht bewirtschaften? Wir haben selber auch Wald zu Hause und tun damit nichts. Eben nur ab und zu wird einmal ein Baum für den Kamin gefällt. Das wird so betrachtet, dass das immer stärker als mobilisierende Holzreserve angesehen wird. Wie sehen Sie das? Danke.

**Vorsitzende:** Danke schön. Dann Hans-Josef **Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Abg. Hans-Josef **Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke Frau Vorsitzende. Ich habe eine Frage an SV Bastian **Olzem** (Fachverband Biogas) und dann auch an SV Dr. Daniela **Thrän** (Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung). Wir haben insgesamt im Deutschen Bundestag den Atomausstieg beschlossen. Wir wissen, dass wir den Ausbau von Wind und Sonne mit fluktuierenden oder ergänzenden Kraftwerken begleiten müssen, wobei vor allem Gaskraftwerke im Blick sind. Nun kann man sie

mit Erdgas füllen, was natürlich ein Problem zum Klimaschutz ist, weil es fossil ist und auch bei der Erdgasgewinnung viel Methan freigesetzt wird oder mit biogenem Gas. Dem steht natürlich hier vielfach ausgedrückt gegenüber, wenn man intensiven Landbau betreibt, dann haben wir sogar eine Verschlechterung der CO<sub>2</sub>-Bilanzen. Deswegen meine Frage: Können wir nicht die Anbaumethoden, die Pflanzenmethoden und andere so umstellen, dass wir nicht nur eine positive Wirkung auf die Biodiversität haben, sondern auch auf die Klimawirkung, in dem wir Anbaumethoden haben, die den Humusaufbau befördern und damit als CO<sub>2</sub>-Senke sogar wirken? Haben wir da eventuell einen Konflikt mit der Gewinnung von Erdgas?

SV Bastian **Olzem** (Fachverband Biogas), beispielsweise das FNR-Projekt mit den Wildpflanzen, ist das eines, das perspektivisch tragfähig ist, um beidem gerecht zu werden, nämlich hohe Erträge und Gasanfall und Biodiversitätserhöhung mit CO<sub>2</sub>-Senkenfunktion zu verbinden?

SV Dr. Daniela **Thrän** (Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung) möchte ich vor allem zur europäischen Dimension fragen. Erdgas wird ja europaweit vertrieben. Haben wir europaweit Potentiale im nachhaltigen Anbau von Pflanzen, Biogas so zu produzieren, dass wir dadurch eben auch Erdgas in Pipelines ersetzen können? Stichwort „Osteuropa“ vor allem. Oder haben wir dort auch Flächenrestriktionen oder andere Flächen, die durchaus noch akquirierbar wären im Sinne Biodiversitätserhöhung und CO<sub>2</sub>-Senkenfunktion?

**Vorsitzende:** Danke schön. Ich beginne jetzt mit der zweiten Runde, und wie gesagt, es fließt jetzt alles ineinander über. Jetzt der erste Abg. Josef **Göppel** (CDU/CSU).

Abg. Josef **Göppel** (CDU/CSU): Das passt jetzt gut. Das schließt sich jetzt unmittelbar an das an, was Abg. Hans-Josef **Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) gesagt hat. Ich möchte mich an beide Damen richten. Aber die gleiche Frage an Sie beide stellen, nämlich die CO<sub>2</sub>-Bilanz der Biogaserzeugung, so wie sie jetzt normalerweise läuft. In meinem Wahlkreis haben wir 200 Biogasanlagen. Davon haben 50 eine Abwärmenutzung. Selbst wenn wir jetzt die 60 % Abwärmenutzung im neuen EEG zu Grunde legen. Ich hätte einfach gern die Zahlen der CO<sub>2</sub>-Bilanz, wenn man die Transporte, die Heranfuhr des Materials, dann die Wiederausbringung der Gärreste, dies alles mit einbezieht. Denn es hat ein bisschen mit der Freiflächenphotovoltaik zu tun. Die ist ja bei den naturliebenden Leuten deswegen beliebt, weil sich botanisch und zoologisch sehr schnell reges Leben auf diesen Flächen entwickelt und

erheblich mehr Energie von der Fläche geholt werden kann. Jedoch Strom und nicht Gas. Deswegen eben die Frage: Was gibt es dazu in der Wissenschaft? Wie sieht die Bilanz aus?

**Vorsitzende:** Danke schön. Dann Abg. Dirk **Becker** (SPD).

Abg. Dirk **Becker** (SPD): Vielen Dank Frau Vorsitzende. Ich habe zwei Fragen an SV Florian **Schöne** (NABU). Beide zum Thema Wald bzw. die Nutzung von fester Biomasse. Wir haben für uns, will ich einleitend kurz erklären, bei der Frage, wie setzen wir eigentlich Biogas ein, schon gesagt, wir wollen ein gewisses Ranking machen. Wo haben wir Alternativen? Wo haben wir keine Alternativen? Um dann auch den Einsatz von erneuerbaren Energien ein bisschen auch nach dieser Fragestellung zu sortieren. Es ist beim Thema fester Biomasse möglicherweise noch problematischer oder noch stärker zu priorisieren, weil wir eben gehört haben, dass das Thema der Holzverfügbarkeit zumindest in Deutschland begrenzt ist.

Erste Frage: Wie priorisieren Sie die Verwendung fester Biomasse? Es geht jetzt zurzeit über die Frage Biomasse für den Privathaushalt Pelletsheizung bis hin zu den Angeboten großer Kohlekraftwerke, nun statt Kohle Holz einzusetzen, dann wäre es alles wunderbar ökologisch, bis hin zu anderen Nutzungsmöglichkeiten. Gibt es von Ihnen eine klare Priorisierung, wie Sie denn überhaupt feste Biomasse in Zukunft auch unter Aspekten der CO<sub>2</sub>-Reduktion einsetzen würden?

Die zweite Frage: Wie schaffen wir es, Nachhaltigkeitskriterien tatsächlich zu verankern? Nach meinem Informationsstand wird 2012 auf Basis der EU nichts kommen, obwohl es eigentlich zugesagt war. Was empfehlen Sie, was könnte man national machen, um hier das Thema Nachhaltigkeit, gerade auch im Bereich der Forstwirtschaft, doch stärker zu verankern?

SV Dr. Armin **Vetter** (Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft, Pflanzenproduktion und Agrarökologie) hatte so einen Aspekt. Ich weiß nicht, wie ich den zu bewerten habe, nämlich, keine Kurzumtriebsplantagen zu machen, wenn ich das richtig verstanden habe, sondern das eigentlich auch im normalen Forst mitzumachen, es zu integrieren. Könnten Sie da eine Bewertung zu abgeben?

**Vorsitzende:** Danke schön. Dann Abg. Sabine **Stüber** (DIE LINKE.).

Abg. Sabine **Stüber** (DIE LINKE.): Ich habe zwei Fragen an SV Sebastian **Schönauer** (Bund Naturschutz in Bayern).

Das eine betrifft das Zertifizierungssystem für Wälder. Sehen Sie das als Chance, dass sie sich wirklich nachhaltig entwickeln können und damit der Druck auf die Wälder gemindert wird?

Die zweite Sache bezieht sich auf Landschaftspflegemaßnahmen zur Wiederherstellung von Biotopen, z. B. Heidepflege oder die Entbuschung von Trockenrasen. Können Sie es sich vorstellen, dass die Holzreststoffe dann der energetischen Verwertung zugeführt werden? In dem Zusammenhang frage ich mich z. B., was ganz viel gemacht wird, die Traubenkirsche, die in den Wäldern so bekämpft wird, sehen Sie dort auch eine Chance als Reststoffverwertung? Danke.

**Vorsitzende:** Danke schön. Dann Abg. Cornelia **Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Abg. Cornelia **Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank Frau Vorsitzende. Holzenergie ist ja die klassische Bioenergie. Aber wir haben gehört, der Druck auf den Wald wächst. Die energetische Nutzung von Holz wird bald die stoffliche übersteigen. Für 2020 ist eine Holzlücke von etwa der Hälfte dessen, was wir jetzt nutzen, prognostiziert, vielleicht knapp. D.h., es ist notwendig, auf Grund dieses Druckes auf den Wald Naturschutzmaßnahmen einzuführen, also Habitatholz, Totholz, Naturschutzgebiete. Wenn wir das aber machen, dann besteht die Gefahr, SV Dr. Daniela **Thrän** (Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung) hat es angesprochen, dass die Importe natürlich ausweichen oder die Holznachfrage durch den indizierten Nachfrageboom oder durch Anreize induzierter Nachfrageboom, dass der auf Holzimporte ausweicht. Da haben wir nicht die Möglichkeit zu steuern, wie der Biodiversitätserhalt dann ist. Das haben wir dann nicht mehr im Blick.

Ich habe zwei Fragen. Eine an SV Klaus **Brunsmeyer** (BUND): Und zwar, halten Sie es für sachdienlich oder für zielführend, dass, wie viele Waldbesitzer sagen, wir im Wald quasi Schutz durch Nutzung machen müssen oder ist es nicht sinnvoller, wirklich dieses Ziel der Biodiversitätsstrategie, nämlich mindestens 5 % der Wälder aus der Nutzung herauszunehmen, im Interesse der Biodiversität sowie eine gesetzliche Festlegung von Mindeststandards zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung einzuführen. Oder haben Sie vielleicht weitere Vorschläge für den Deutschen Bundestag?

Ich habe an SV Dr. Daniela **Thrän** (Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung) eine Frage: Dieser Druck auf den Wald ist angereizt. SV Prof. Dr. Karin **Holm-Müller** (Institut für Lebensmittel- und Ressourcenökonomik) hat in ihrer Kurzstellungnahme darauf verwiesen, dass wir unbedingt sehr effizient mit dem Rohstoff

Biomasse umgehen müssen. Deswegen meine Frage an Sie: Ist es sinnvoll, die Holzenergieziele laut Bioenergiestrategie beizubehalten oder sollten wir sie besser reduzieren und einen Rahmen für einen effizienten Einsatz setzen? Z. B. uns der Frage von Mitverbrennung von Holz in Braunkohlekraftwerken widmen oder der Verbrennung von Holz in Kraftwerken ohne eine effiziente Wärmeauskopplung? Was haben Sie da für Vorschläge, wie man wirklich Instrumente einsetzen kann, um zu einer effizienten Holznutzung zu kommen, die dann auch den Druck vom Wald nimmt?

**Vorsitzende:** Gut, danke schön. Das waren jetzt die zwei Fragerunden. Als erster hat das Wort SV Florian **Schöne** (NABU). Sie haben zwei Fragen von Abg. Dirk **Becker** (SPD).

SV Florian **Schöne** (NABU): Abg. Dirk **Becker** (SPD), ich glaube Abg. Cornelia **Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hat einen Teil der Frage schon beantwortet. Ich glaube, das geht in die richtige Richtung. Das Stichwort „Holzlücke“ ist enorm wichtig. Wir müssen, und da bin ich dankbar für den Hinweis, uns überlegen, wo sind die Klimabilanzen tatsächlich am Besten. Ich habe den Eindruck, wir werden wirklich viel stärker das Stichwort „Kaskade“ ernst nehmen müssen. Die stoffliche Nutzung muss Priorität haben, wenn wir wirklich Klimaschutz mit der festen Biomasse verbinden wollen. Da muss man schauen, wie viel am Ende noch übrig bleibt. Unsere Einschätzung ist, wenn wir den Berg der stofflichen Nutzung wirklich ernst nehmen, dann bleibt nicht mehr viel übrig. Da sind enorme Potentiale, auch klimapolitisch die besten CO<sub>2</sub>-Vermeidungskosten, wenn wir wirklich in die Holzwerkstoffindustrie gehen, in die Baubranche und Ähnliches. Lassen Sie es uns das erst einmal verplanen und dann muss man sehen, wie viel überhaupt noch überbleibt. Ich bin froh und dankbar, das ist schon angesprochen worden, dass wir das Holz weitgehend jetzt aus der Verstromung raushaben. Dafür ist es viel zu schade. Eigentlich ist es auch für die Selbstverbrennung, für den Kamin mit diesen lausigen Effizienten viel zu schade. Aber das kriegen wir bei Privathaushalten überhaupt nicht kontrolliert, das muss man ehrlich sagen. Die Nachhaltigkeitskriterien, ich habe die Hoffnung nicht aufgegeben: So steht es im Koalitionsvertrag, dass die feste Biomasse auch entsprechenden Nachhaltigkeitskriterien unterworfen wird. Da sollten wir weiter dran arbeiten. Das finde ich enorm wichtig. Da sind Potentiale. Ich sage auch, wir sollten das Augenmerk bei der festen Biomasse weg vom Wald, hin auf den Acker lenken. Die Potentiale durch Kurzumtriebsplantagen, das sage ich, meine Damen und Herren, als Naturschützer,

sind durchaus gegeben. Wenn wir z. B. die vielgescholtenen ökologischen Vorrangflächen mit extensiver Biomasseerzeugung verbinden, z. B. feste Biomasse über streifenförmige Kurzumtriebsplantagen, entlang von Gewässern, entlang von Ackerrändern, dann haben wir Synergieeffekte zwischen Naturschutz, Klimaschutz und Energieerzeugung erreicht und da sollten wir unser Augenmerk drauf richten.

**Vorsitzende:** Danke schön. Dann SV Dr. Armin **Vetter** (Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft, Pflanzenproduktion und Agrarökologie). Sie haben eine Frage von Abg. Angelika **Brunkhorst** (FDP).

SV Dr. Armin **Vetter** (Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft, Pflanzenproduktion und Agrarökologie): Der Mais ist ein sehr guter Nährstoffverwerter. Deswegen wird er von den Landwirten auch sehr gerne für die Gülleverwertung eingesetzt. Aber SV Bastian **Olzem** (Fachverband Biogas) hat es schon angedeutet. Wir haben eigentlich ein Problem mit der Ausdünnung der Agrarverwaltung und der Kontrolle des Düngerechts. Denn sonst wäre eigentlich Mais die Idealpflanze zur Verwertung von Gärresten. Das ist das Erste. Das Zweite ist, ich hatte es auch schon gesagt, dass die Anrechnung des NawaRo-Stickstoffs auf die Gesamtausbringmenge an organischem Stickstoff her muss. Damit kann ich also dann auch nur die 170 Kilogramm maximal organischen Stickstoff ausbringen. Damit habe ich mein Grundwasser im weitesten abgesichert. Das Zweite, wo der Mais massiv in Kritik steht, das ist nun mal durch eine Reinkultur, ist Erosion bei Fließgewässern, also in Fließgewässern. Dann ist es nicht der Stickstoff, dann ist es der Phosphor. Da haben wir echte Probleme. Das könnte man verhindern. Jetzt sehen Sie wieder die Komplexität des Ganzen, in dem man vor Mais, vor allen Dingen Winterzwischenfrüchte anbaut, weil der über den Winter nicht begrünt ist. Dann muss ich mit der Winterzwischenfrüchten aber etwas machen. Da kann ich es nur in die Biogasanlagen geben. Aber wenn dann in Zukunft die Treibhausgaskriterien angesetzt werden, die Winterzwischenfrüchte schaffen die nicht, weil sie einen geringen Ertrag haben und weil sie nicht viel Stickstoff brauchen. Also wären sie wieder raus.

Also muss man das alles zusammensehen. Im Mais selber gibt es Lösungsmöglichkeiten über Engsaaten und über Untersaaten. Das ist möglich, wird nur, das muss ich ehrlich zugeben, von der Landwirtschaft leider noch zu wenig gemacht, weil es einfach Kosten verursacht und offenbar ist der Druck noch nicht hoch genug.

**Vorsitzende:** Danke schön. Dann SV Prof. Dr. Hermann **Spellmann** (Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt Göttingen). Sie haben zwei Fragen von Abg. Cajus Julius **Caesar** (CDU/CSU).

SV Prof. Dr. Hermann **Spellmann** (Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt Göttingen): Abg. Cajus Julius **Caesar** (CDU/CSU), Sie hatten zum einen nach der Bedeutung des Kleinprivatwaldes gefragt. Das kam auch in einer anderen Frage vor. Da ist natürlich derzeit ein Mobilisierungspotential und das liegt primär daran, an dem letzten Punkt, den Sie angesprochen hatten - an der Betreuung. Wenn wir die Zusammenschlüsse fördern, ich betreue Wald auch in Sachsen-Anhalt, wo ich jetzt gerade Privatwald bereist habe, da sind 300 Meter vier lange Stücke, die nur 4 Meter breit sind. So kann man dort nicht wirtschaften. Da muss man sehen, dass man sich trotz der Vergangenheit dazu durchringt, wieder gemeinschaftlich vorzugehen und versucht, diese sinnvoll zu nutzen und auch dann diese Massen zu mobilisieren.

Es ist mehrfach in vielen Fragen angesprochen worden, wie bedrohlich das Ganze ist. Ich wollte nur eins betonen. Derzeit wird nicht über einen Zuwachs gehauen. Eindeutig! Die Vorräte sind nach wie vor angestiegen. Meiner Meinung nach müssen wir in Deutschland in nächster Zeit sogar mehr nutzen, weil wir in einigen Bereichen, da muss man wirklich trennen, Vorrangpflege für den Naturschutz, wo wir ein Defizit an Altholz in der Alters- und Zerfallsphase haben, das soll natürlich nicht in die Nutzung gehen. Aber wir haben einen Überhang, gerade in Bayern, Baden-Württemberg, an altem Holz. Wenn wir das nicht nutzen, dann entgeht es zum einen dem Markt und da sind wir Nutzer. Das ist die eine Sache. Und die Risiken für die Kalamitäten steigen.

Bei der Baumart Fichte z. B. steigt exponentiell das Windwurfisiko ab einer Höhe von 26 Metern. Über solche Dinge muss man sich Gedanken machen. Da muss man natürlich auch die Privatwaldbesitzer gut beraten. Nicht, dass sie über Generationen etwas aufgebaut haben, das dann anschließend wieder umkippt und am Boden liegt.

Sie haben darüberhinaus einen wichtigen Punkt, den Klimawandel angesprochen. Im Zusammenhang mit dem Klimawandel werden sich Restriktionen auch für die Baumartenwahl ergeben. Da leite ich auch mehrere Projekte, die sich mit dieser Frage beschäftigen. Da ist natürlich eine Option, insbesondere die Mischung zu fördern. Aber dann eben mit angepassten Baumarten. Sie haben selbst zwei Baumarten, wie Küstentanne oder Douglasie angesprochen. Das sind eingeführte Baumarten,

die hier seit dem 19. Jahrhundert erprobt werden und die ich zu den anbauwürdigen Baumarten zähle, dass die in solche waldbaulichen Konzepte integriert werden. Da muss man eigentlich nur eins im Hintergrund haben: 80 % der Einnahmen der deutschen Forstwirtschaft stammen aus dem Nadelholz. Ob man das möchte oder nicht, das ist halt so. Wenn dem so ist, muss man auch effizient damit umgehen und sehen, dass wir die Baumart Fichte, die besonders unter dem Klimawandel leiden wird, dass man die dann sinnvollerweise durch die von Ihnen auch schon genannten Baumarten ersetzt. Das ist natürlich eine Option und in der ganzen CO<sub>2</sub>-Bilanz stehen die super da: Die Kurzumtriebsplantagen. Zum ganzen Biogas ist das natürlich eine Option. Sie sind natürlich jetzt aus dem Bundeswaldgesetz rausgenommen, sie sind nicht mehr Wald. Aber man steht immer in dem Konflikt zwischen Ernährung auf der einen Seite und Naturschutz auf der anderen. Denn man ist im Grunde gebunden. Wenn man 8 Tonnen Artholz erzeugen will, ist man daran gebunden, dass man wenigstens 30 Punktböden hat. Und vor allen Dingen, braucht man Wasser.

Das wundert mich bei der ganzen Befragung hier heute, dass dieses Wasser gar nicht diese große Rolle spielt. Das ist das Bindeglied, auch in der Zukunft, auch gerade hier für einen Umweltausschuss.

Ich leite ein Projekt. Da geht es um Wechselwirkung Forstwirtschaft, Landwirtschaft, Wasserwirtschaft. Der Schlüssel, ob Sie demnächst noch Mais machen, ob Sie demnächst noch die Zuckerrübe oder Kartoffel in Uelzen machen, das hängt vom Wasser ab. Da haben sie natürlich unmittelbaren Zugang. Da ist nicht nur die Menge des Wassers, die Versickerungsrate, die eine große Rolle spielt, die in der Wasserrahmenrichtlinie angesprochen ist. Da spielt natürlich auch unmittelbar die Wassergüte die Rolle, was ich an Stickstoffausträgen habe. Das sind natürlich auch die Indikatoren, die ziehen, wenn man regional ins Rennen geht, um zu sagen, wo sind eigentlich die Grenzen? Denn nachhaltige Landnutzung ist nichts anderes, als das planvolle Umgehen mit knappen Ressourcen. Das ist Fläche, das ist Energie, das ist der Boden und das ist natürlich auch die Biodiversität. Da muss man eben dann Grenzen definieren. Also bei den Kurzumtriebsplantagen. Derzeit sind es meines Wissens 6.000 Hektar. Ich sehe da kein großes Potential. Da mögen wir vielleicht an 30.000 Hektar herankommen oder es müsste tatsächlich anders gefördert werden. Das könnte man mit der Begründung, jawohl ich Sorge dafür, dass ich einen besseren Humusaufbau habe, eindeutig. Ich Sorge dafür, dass nicht mehr gedüngt wird und dementsprechend keine Austräge da sind.

Ich Sorge dafür, dass ich insbesondere, wenn das sinnvoll aufgebaut ist, normalerweise macht man das beim Kurzumtrieb 3 bis 5 Jahren Abtrieb, dass man das auch räumlich so anordnet, dass ich quasi mehrjährig nebeneinander dort Schläge habe, die sich ergänzen, so dass wir nicht von einer Kahlfäche zur nächsten kommen.

Als letztes haben Sie die Deckelung bei der Einspeisung bei Altanlagen angesprochen. Derzeit werden rund 27 Millionen Festmeter Nadel schnittholz in Deutschland erzeugt. Beim Laufschnitt dort sind es 3 Millionen Festmeter. Das hat sich seit 1970 nicht verändert. Im Grunde genommen geht es aus Sägeresten, aus dem Nadelholz. Wenn man sich darüber Gedanken macht. Wir laufen in eine echte Nadelholzknappheit in Deutschland hinein. Daran hängt die Papierindustrie. Daran hängt eindeutig die Holzwerkstoffindustrie und daran hängt die Sägeindustrie und die vorhin angesprochenen Holzpellets bestehen zu 99 % aus Sägeholzresten aus Nadelbäumen. Wenn man das weiß, dann würde ich sagen, es ist zu schade, die Sägeholzreste aus dem Nadelholz zu verbrennen, sondern es ist besser, sie der stofflichen Nutzung, da bin ich ganz bei SV Florian **Schöne** (NABU), wir müssen die Kaskadennutzung fördern. Dann haben wir den doppelten CO<sub>2</sub>-Effekt und den doppelten Wirkungsgrad. Das geht dann meiner Meinung nach in die falsche Richtung, wenn man quasi uneingeschränkt das Ganze verbrennen würde. Ich finde, das ist auch ein Stück Solidarität der Holzwirtschaft untereinander, die ja klagt, sie wird demnächst nicht mehr ausreichend versorgt, wenn man dann halt eben auch andere Industriezweige damit bedient. Auch wenn ich nicht gefragt werde, darf ich nur ein Wort zu dem sagen, was Abg. Cornelia **Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagte, darf ich ein Wort sagen zu dieser Schutzbildkulisse?

Ich leite dieses Projekt NW5. Das ist die Umsetzung der Biodiversitätsstrategie 5 %. Da ist es so: Wir machen gerade den Abgleich. Wenn man sich die Nationalparkkulisse in Deutschland anschaut, dann sind 65 % der Nationalparkkulisse im Nadelwald. Auf der anderen Seite, wenn ich in der Diskussion mit den Umweltverbänden bin und ich bin mit dem amtlichen Naturschutz oder dem Bundesamt für Naturschutz in der Diskussion, wird gesagt, wir tragen eine besondere Verantwortung. Das ist auch gerade international für unsere Buchenwaldgesellschaft anerkannt worden. Wie kommt man dann auf die Idee hier zu fordern, im Schwarzwald, den Nordschwarzwald, also ein Fichtengebiet aus der Nutzung zu nehmen? Bei diesem ganzen Schutzgebiet muss man nämlich darauf achten: Ist es ein Kampf um die Fläche, um die Zuständigkeit oder ist es wirklich

naturschutzfachlich getrieben? Da habe ich manchmal meine Zweifel. Bei dieser Diskussion, die wir heute hier verengt geführt haben, muss man immer die Wechselwirkung sehen. Man kann zwar Biomasse im Zusammenhang mit Biodiversität sehen. Man muss aber genauso, wie es vorhin angesprochen wurde, auch positiv angesprochen wurde, wir steigen aus der Atomenergie aus, haben da große Vorteile. Wir haben durch Substitution eindeutig gewisse Vorteile, was die CO<sub>2</sub>-Bindung angeht. Ich vermisse teilweise dieses Ganzheitliche. Das ist natürlich schwer. Der Schlüssel liegt natürlich bei Nachhaltigkeitsindikatoren, die aber von den verschiedenen Landnutzungen gespeist werden müssen. Die müssen an bestimmten Maßstäben gemessen werden. Danke schön.

**Vorsitzende:** Danke schön. Ich möchte nur einen Satz sagen, in 2 ½ Stunden kann man das sicher nicht alles leisten. Leider haben wir nicht mehr Zeit.

Dann SV Prof. Dr. Karin **Holm-Müller** (Institut für Lebensmittel- und Ressourcenökonomik), Sie haben eine Frage von Abg. Dr. Matthias **Miersch** (SPD) und Abg. Josef **Göppel** (CDU/CSU), bitte.

SV Prof. Dr. Karin **Holm-Müller** (Institut für Lebensmittel- und Ressourcenökonomik): Zuerst zur Änderung im EEG. Doch, ich denke natürlich sollte man auch da ansetzen. Ich denke, grundsätzlich geht das neue EEG auch in die richtige Richtung, in dem es eben Gülle und NawaRo schon voneinander entkoppelt hat. Ich denke aber auch, dass man hier noch hätte weitergehen können. Aus meiner Sicht braucht man gar keinen NawaRo-Bonus. Man könnte eine Grundvergütung haben und dann sagen, nur wenn Reststoffe, die man extra fördern will, wenn die reinkommen, dann gibt es darauf eine höhere Vergütung.

Dann, wie gesagt, man kann aus meiner Sicht grundsätzlich das Biogas hauptsächlich oder nur noch mit Marktprämien neu fördern, um zu verhindern, dass überhaupt zusätzlich Biogasanlagen gebaut werden, die Strich fahren, um das einmal so zu sagen und da eben zielorientiert fragen, wie viel ist nötig?

Dann kann man, denke ich, das wurde auch angesprochen, die Förderung im EEG an weitere Umwelanforderungen binden. Da gibt es sicherlich Möglichkeiten zu sagen, es muss bestimmte Eingliederungen in die Landschaft geben. Wir brauchen Untersaaten oder Ähnliches. Da gibt es auch schon eine ganze Reihe von Forderungen, die da sind.

Dann habe ich bei diesem Satz, dass wir eine regionale Zertifizierung für Nachhaltigkeitskriterien bräuchten, versucht, mit anzusetzen, diesen Punkt Grünlandumbruch. Man wird das nicht weltweit hinkriegen. Das kann man nicht

machen. Aber man kann zumindest sagen, wenn in einer bestimmten Region der Grünlandanteil sinkt, dann geht die Förderung mindestens zurück. Man kann wahrscheinlich die jetzt nicht plötzlich auf Null fahren. Aber auch da könnte man sich vorstellen, dass man versucht, indirekte Landnutzungsänderungen einzuführen. Ich denke, indirekte Landnutzungsänderungen sind auch ganz wichtig für die Frage von Abg. Josef **Göppel** (CDU/CSU), bei dieser Bilanzierung. Diese Bilanzierung ist sehr schwer und ich glaube nicht, dass sie jemanden finden, der sagt, ich habe genau die Zahl, die jetzt gilt. Es gibt sicherlich CO<sub>2</sub>-Einsparungen durch Biogas. Aber die sind sicher nicht zu 100 %. Klar haben wir auch nicht 100 % des verdrängten fossilen Brennstoffes.

Aber ganz wichtig ist hier, wie die indirekte Landnutzung berechnet wird. Wenn es praktisch zu keiner Ausweitung der Produktion kommt, dann haben wir deutlich bessere Bilanzen, als wenn man diese Ausweitung der Produktion auf irgendwelche anderen Gebiete mit rechnet. Das ist aber auch für die Solaranlagen natürlich wichtig, dass wenn man einen ganzen Bereich aus der Produktion für Solaranlagen herausnimmt, dann hat man die indirekte Landnutzungsänderung, genauso wie man die beim Biogas hat. Das muss man in beiden Fällen gleich berücksichtigen. Aber eine Zahl kann ich Ihnen da leider nicht nennen.

**Vorsitzende:** Danke schön. Dann bitte SV Bastian **Olzem** (Fachverband Biogas), Sie haben eine Frage von Abg. Hans-Josef **Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

SV Bastian **Olzem** (Fachverband Biogas): Vielen Dank. Abg. Hans-Josef **Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Sie hatten nach der bedarfsgerechten Stromeinspeisung gefragt. Ich sehe da ein sehr großes Potential bei den Biogasanlagen in Deutschland, vor allen Dingen auch bei Bestandsanlagen, weil es dort relativ einfach möglich ist, auch vor Ort Biogasspeicher aufzubauen und zusätzliche Motorkapazität zu installieren, so dass in einer geringen Zeit die gleiche Strommenge eingespeist werden kann. Genau dann, wenn eben der Bedarf im Netz hoch ist und das Biogas dann zu speichern, wenn eben das Netz beispielsweise durch fluktuierende erneuerbare Energien voll ist. Da haben wir auch bei den Bestandsanlagen im Biogasbereich ein riesiges Potential. Es geht nicht nur über die Vor-Ort-Verstromung und die Vor-Ort-Lagerung des Biogases in Biogasspeichern, sondern es geht hier auch in besonderer Weise um das Gasnetz. D. h. wir haben in Deutschland ein hervorragend ausgebautes zweites Energietransportnetz, das Gasnetz und gleichzeitig auch einen riesigen

Speicher für erneuerbare Energien darstellt. 10 Terrawattstunden kann man hier über ein Jahr lang speichern, allein in dem Rohrleitungssystem. Da kommen dann noch die bis zu 60 Speicher, Kavernenspeicher, die wir in Deutschland haben, dazu. Das heißt, es kann noch massiv ausgeweitet werden. Das heißt, Biogaseinspeisung ist ein wichtiges Thema, gerade um die Herausforderung der Energiewende zu lösen. Da wird sicherlich dann mittelfristig auch das Thema „Power to Gas“ und möglicherweise auch methanisierter Windwasserstoff mit dem CO<sub>2</sub> aus der Biogasaufbereitungsanlage eine Rolle spielen. Auch industrielle Blockheizkraftwerke (BHKW) können von Erdgas auf Biomethan umgestellt werden und im gewissen Rahmen können die dann natürlich auch bedarfsgerecht Strom zur Verfügung stellen, gerade dann, wenn man sie mit Wärmespeichern auch ausstattet.

Hier muss man allerdings in der aktuellen Diskussion um das KWKG-Gesetz aufpassen, dass sich hier KWKG und EEG an der Stelle nicht kanibalisieren. Wichtig ist die Frage, wie steuern wir das? Das heißt, woher kommen die Signale? Da sind sicherlich auch noch Fragen offen. Kommt das Signal aus dem Netz für die bedarfsgerechte Stromeinspeisung? Wir hatten als Fachverband bereits zur Novelle 2004 den Vorschlag gemacht, doch mit einem einfachen Hochtarif-, Niedertarifsysteem anzufangen, um eben in die bedarfsgerechte Stromeinspeisung einsteigen zu können. Gut, da sind jetzt 7 Jahre verstrichen. Aber ich denke, es gibt hier durchaus auch im EEG 2012, ich sagte es schon, die Verordnungsermächtigung, gute Ansatzpunkte.

Dann die Thematik Osteuropa und Potentiale. Da muss man nicht unbedingt sofort oder in erster Linie auf die Flächenpotentiale schauen, sondern es gibt riesige Probleme in osteuropäischen Ländern mit Gülle. Das heißt, offene Güllelagerungen in riesigen Maßstäben, beispielsweise in Russland, wo die Methanemissionen ungehindert in die Atmosphäre entweichen. Riesige Erdlagerbecken für Gülle. Teilweise ist schon Interesse da, über die Biogastechnologie dann diese Methanemissionen zu vermeiden. Da geht es nicht in erster Linie um die Energieerzeugung, sondern eben einen wertvollen Dünger über den Biogasprozess herzustellen und die Methanemissionen zu vermeiden. In Rumänien gibt es Zustände, da wird die Gülle aus den Viehhaltungsbetrieben teilweise einfach nur in den Wald geleitet. Da wäre die Biogastechnologie auch hervorragend geeignet, um diese Zustände zu verbessern. Aber es gibt natürlich auch ungenutzte Flächenpotentiale. Vor allen Dingen hier in den osteuropäischen Ländern.

Sie hatten eine dritte Frage zum Humusaufbau gestellt. Der Humusaufbau kann ja auch dadurch bereits gewährleistet werden, dass eben Fruchtfolgen eingehalten werden. Dass nicht dieselbe Kulturart immer wieder angebaut wird, also in Monokultur angebaut wird. Dadurch, dass man eben auch Stroh, teilweise zumindest auf den Flächen belässt und auch einarbeitet. Das trägt zum Humusaufbau bei. Bei mehrjährigen Kulturarten ist es natürlich so, dass das stark entwickelte Wurzelwerk dann auch zum Humusaufbau beiträgt. Jetzt die Durchwachsene Silphie, die heute schon mehrfach genannt worden ist, kann eben bis zu 15 Jahren dort genutzt werden, ohne neu angepflanzt zu werden. Das zunächst zu Ihren Fragen. Danke.

**Vorsitzende:** Danke schön. Dann kommt SV Dr. Daniela **Thrän** (Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung). Sie haben ganz viele Fragen von Abg. Angelika **Brunkhorst** (FDP), Abg. Hans-Josef **Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Abg. Josef **Göppel** (CDU/CSU) und Abg. Cornelia **Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), bitte schön.

SV Dr. Daniela **Thrän** (Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung): Vielen herzlichen Dank. Ich beginne mit der Frage von Abg. Angelika **Brunkhorst** (FDP). Die Frage, Kombination von verschiedenen Maßnahmen zur Steigerung der Artenvielfalt, wie kann man sich das vorstellen? Was passiert da am UFZ (Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung)? Ich hatte ja gesagt, der eine Teil, das ist die Frage der Pflanzenschutz, die findet im Agrarbereich statt. Wir untersuchen Fragestellungen, wie man bestimmte Schlaggrößen, auch Kombinationen, sog. Landschaftsmosaik, günstige Effekte erzielen kann. Erste Untersuchungen in die Richtung haben wir jetzt für den Windbereich gemacht, wo sich auch gezeigt hat, dass auf die Frage, was letztendlich rund um eine Windanlage angebaut wird, für die Vögel entscheidender ist, als jetzt nur die Frage, Windanlage alleine. Untersuchungsgebiete sind klassisch Mitteldeutschland, zum Teil auch Hessen. Vielleicht zwei Aspekte, die sich dabei so schon ein bisschen gezeigt haben, einen Bereich, dem man relativ große Verbesserungspotentiale geben kann, das ist der Anbau von Kurzumtriebshölzern an Gewässerrandstreifen. Die haben insbesondere den Effekt, dass die Pestizideinträge in den Gewässern deutlich reduziert werden und da sehen wir ein deutliches Potential zur Verbesserung der Artenvielfalt in den Gewässern. Das ist auch ein Bereich, der im Moment rechtlich gar nicht so einfach ist. Zweiter wichtiger Punkt sind Agroforstsysteme, d.h. eben dieser streifenartige Anbau von Kurzumtriebshölzern, d.h. es zeigt sich relativ

deutlich, dass gerade in der stärkeren Einbindung von mehrjährigen Systemen gute Chancen zu vermuten sind. Ich weise an der Stelle nochmal darauf hin, dass das UFZ gegenwärtig beginnt, konkrete Untersuchungen vom Wert der Biodiversität zu machen, das sind die sog. The Economics of Ecosystems and Biodiversity-Studien (TEEB-Studien). Das liegt jetzt für Europa vor und soll für Deutschland konkretisiert werden, wo solche Aspekte auch noch einmal näher angeschaut werden. Die Frage, wie man das regelt, da würde ich mich weitgehend den Aspekten von SV Klaus **Brunsmeyer** (BUND) anschließen, dass es nämlich wirklich auf regional planerischer Ebene passieren muss.

Ich frage mich nur manchmal, ob das Instrumentarium, was da besteht, ausreichend ist oder ob da darüber hinaus ggf. noch weitere Notwendigkeiten bestehen.

Zweite Frage war, Erdgas in Frage Biogas oder Biomethan, Biomethan als Ausgleich für fluktuierende Energiebereitstellung. Was ist eigentlich möglich Richtung Osteuropa? Aus meiner Sicht ist Biomethan ein ganz eigenes Feld, was zum einen aus der gegenwärtig verfügbaren Biogastechnologie gespeist wird, aber perspektivisch auch durch die Vergasung von holzartigen Biomassen passieren kann.

Es gibt die genannten Potentiale von SV Bastian **Olzem** (Fachverband Biogas), Osteuropa, das würde ich unterstützen. Ich bin auch der Meinung, das haben unsere Studien gezeigt, durchaus Agrarflächen entlang oder in den größeren Einzugsgebieten der Pipelines vorhanden sind, wo man mit nachhaltigen Anbausystemen gute Treibhausgasreduktionen erreichen kann. Aber, damit man auch rein rechnerisch einen erheblichen Stellenwert der Erdgasversorgung in Deutschland substituieren könnte. Die zentrale Frage ist aber noch mehr, nämlich, wie stellt man diese nachhaltige Erzeugung sicher? Vor dem Hintergrund wäre es aus meiner Sicht eine Mittelfristoption. Aber sagen wir mal so. Von der physikalischen Ausstattung durchaus gegeben. Damit bin ich bei der Frage von Abg. Josef **Göppel** (CDU/CSU), nämlich die Frage der Treibhausgaseinsparung von Biogas oder Biomethan gegenüber Strom. Ich schließe mich da SV Prof. Dr. Karin **Holm-Müller** (Institut für Lebensmittel- und Ressourcenökonomik) an, dass man da relativ viel feststellen kann, je nach dem, was man für Randbedingungen anschaut. Wir haben dazu allerdings jetzt in jüngster Zeit auch beim DBFZ (Deutsches BiomasseForschungszentrum) zusammen mit dem Biogasrat eine Studie gemacht. Die haben eine typische Durchschnittsbiogasanlage mit einem hohen technischen Standard unterstellt. Da kommt man zu Treibhausgaseinsparungen von 50 bis 80 %

gegenüber dem Strommix. Das hängt dann noch davon ab, was sie für einen Strommix ansetzen wollen. Aber das ist die Größenordnung für eine Standardbiogasanlage, wie sie heute steht, die sowohl NawaRo's als auch Gülle einsetzt.

Die Abwärmenutzung, ob man eine durchschnittliche Abwärmenutzung hat: Wenn man keine Abwärmenutzung hat oder eine sehr starke Abwärmenutzung, verändert das das Bild nochmals um etwa 10 %. Wenn man sich fragt, ab wann lohnt es sich eigentlich, Biogas nicht vor Ort zu verstromen, sondern lieber aufzubereiten, einzuspeisen und dann in eine KWK-Nutzung zu geben, wie es im Moment im EEG vorgesehen ist, dann sind das Wärmenutzungen von 30 bis 40 %, wo das umschlägt. Also, d.h. wenn Sie mindestens 30 bis 40 % Wärmenutzung vor Ort haben, haben sie das Potential, eine günstigere Treibhausgasbilanz zu erreichen als über Einspeisung. Wichtig ist, dass man die Hauptstellgrößen anschaut. Das ist nämlich erstens die Frage oder die Berücksichtigung, dass diese Anlagen eben auch für den Gülleanteil in Güllegutschrift haben.

Zweitens, dass bei diesen Anlagen guter technischer Standard unterstellt wurde: Das heißt, wenig diffuse Methanemission.

Drittens, dass die ILUC-Fragen nicht berücksichtigt wurden. Das vielleicht aber einfach einmal als Einschätzung. Damit wäre ich dann auch bei der letzten Frage, nämlich die Frage von Abg. Cornelia **Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Anreiz Holznutzung heute, wie machen wir es effektiv? Die Holznutzung heute besteht ganz überwiegend im Hausbrand. EEG-Anlagen bis 20 MW sind auch gefördert und zielen aber ab jetzt mit dem neuen EEG, aus meiner Sicht, ganz klar auf die ungenutzten Reststoffe, Landschaftspflegematerial, Stroh und auf Kurzumtriebssysteme und unterliegen auch der Wärmenutzungspflicht. Das heißt, hier ist der Versuch, die Bereiche anzusprechen, die nicht schon einer starken Nutzungskonkurrenz unterliegen. Altholz soll künftig nicht mehr gefördert werden, weil Altholz gegenwärtig eigentlich in bestehenden EEG-Anlagen weitgehend genutzt wird. Wir haben keinen Anreiz zur Mitverbrennung von Hölzern in Kraftwerken. Diese Nutzung ist generell effizient und hat hohe Treibhausgasreduktionen. Ist aber wenig innovativ und wenig regional. Ich denke, darüber muss man sich dabei immer klar sein. Der Hausbrand hat eigentlich nur eine sehr geringe Förderung. Wenn man sich anschaut, was genutzt wird, ist etwa ein Drittel heute schon Restholz. Das heißt, wir haben real auch eine Kaskade. Das sind Nebenprodukte, das sind zum Teil auch Althölzer und wir haben gerade im Hausbrandbereich eben diese sehr stark lokale Nutzung, was auch ein Unterschied zur globalen Nutzung ist. Das heißt, wenn wir über

Effizienzsteigerung nachdenken, dann sollte man das aus meiner Sicht immer berücksichtigen, dass es eben eine lokale und eben zunehmend internationale Holznutzung gibt. Die Effizienzsteigerungsmöglichkeit, die ich sehe, ist eben in dieser Erschließung der Reststoffe. Da sind wir aus meiner Sicht mit der Rohstoffklasse 2 im EEG auf jeden Fall auch erst einmal auf dem Weg. Im Bereich der bedarfsgerechten Erzeugung, die zurzeit für Feststoffanlagen nicht vorgesehen ist, die aber auch aus meiner Sicht durchaus einen ebenbürtigen Beitrag leisten könnten und neben der Kaskadennutzung, zu der ich jetzt wegen der Kürze der Zeit nichts mehr sage, würde ich gerne noch hinweisen auf die Koppelnutzung, nämlich die gemeinsame Nutzung von Holz sowohl für stoffliche Produkte, vielleicht auch für Produkte hinsichtlich einer Bioökonomie, stärker chemische Produkte usw. und dann die parallele Nutzung der Reststoffe energetisch. Vielen Dank.

**Vorsitzende:** Danke schön. Dann SV Sebastian **Schönauer** (Bund Naturschutz in Bayern), bitte.

SV Sebastian **Schönauer** (Bund Naturschutz in Bayern): Ich versuche den Parforceritt von Agrarmaße über Reststoffe, Flächenkonkurrenz, Wald, stoffliche, energetische Nutzung. Das ist für Sie noch viel schlimmer als für uns, weil wir tagelang vorbereitet oder eingearbeitet sind, , aber ich versuche es trotzdem.

Ich glaube, wir müssen uns darüber klar werden, dass natürlich dies alles zusammenhängt. Das unsere Landschaft bedeutsam ist, dass unsere Biodiversität anders gesehen werden muss, als bisher. Dass wir die landwirtschaftlichen Produktionsflächen für die Erzeugung von Nahrungsmitteln, besser noch Lebensmitteln, als erstes nehmen. Dann ergibt sich vieles daraus und es gibt ja viele Ansätze, die hindeuten, dass sich manche schon sehr gut mit den Sachen beschäftigt haben und Verbesserungen haben. Aber die grundsätzliche Linie muss doch sein, dass wir dies erkennen.

Wenn ich dann noch zur Fläche etwas sagen darf: Wenn ich Flächenkonkurrenz schon anspreche, dann muss ich auch über Effizienz reden. Dann muss ich das, was ich heute schon gesagt habe, nochmal betonen, nämlich, wenn ich weiß, dass ich mit Windkraft oder Solarthermie, Solar-PV mehr Effizienz bekomme, mehr Energetik rausbekomme auf der gleichen Fläche, z. B. wenn wir sagen, Photovoltaik auf gleicher Fläche wie Agrargaserzeugung ein Zehntel. Oder, ich brauche nur ein Hundertstel der Fläche bei Windenergie und ähnlichen Dingen. Da müssen die in die Diskussion rein, sonst drehen wir uns immer wieder im Kreis, wie die berühmte Katze,

die sich in den Schwanz beißt, wo keiner dann zum Schluss mehr zurechtkommt, weil immer wieder darauf starren, es muss mehr erzeugt werden.

Dass bei der ganzen Diskussion in erster Linie, ich mache gleich ein Beispiel zum Wald, die Effizienz und das Einsparen stehen muss, ist deutlich, weil wir sonst niemals auf das große Ziel 100 % Erneuerbare kommen.

Ich darf kurz das Beispiel Wald bringen: Stoffliche Nutzung oder was auch immer. Wir haben heute mittlerweile Entwicklungen von Sparöfen für kleine Häuser, also für die normalen Häuser Sparöfen. Das geht aber auch zu weit, wenn ich nicht gleichzeitig sage, wie betreibe ich mein Haus? Habe ich es gedämmt? Habe ich hier alle Vorsorge getroffen, um wenig zu brauchen, d.h. wir werden immer an die Grenzen stoßen. Sind wir doch ehrlich, wenn ich das so sage, ohne Importe von Wald, hauptsächlich von Raubnutzung, nicht rechtlich gesehen, was da importiert wird, da wären wir doch schon längst am Ende unseres Lateins. Und unter Latein verstehe ich hier eben die ganzen Dinge mit Biodiversität und wie wir weiter kommen.

Zur Reststoffnutzung, Agrarmasse doch noch einmal: Es gibt schon verschiedene Untersuchungen, aber auch schon Praxis. Die Stadt Aschaffenburg hat hier eindeutig etwas gemacht. Biogene Abfälle aus der Lebensmittelindustrie, aus dem Gaststättengewerbe und aus privaten Haushalten, die werden heute schon in Methangas umgewandelt. Wird heute schon betrieben. Und zwar sehr erfolgreich. Das sind die Dinge, wo wir reingehen können. Ich kann es nur antippen, die ganzen Dinge.

Zu dem, was noch gefragt wurde, zum Wald: Wie wollen wir es denn haben? Die stoffliche Nutzung muss natürlich vorangehen. Wenn ich heute ein Möbelstück habe, dann habe ich eine stoffliche Bindung von CO<sub>2</sub> für vielleicht 100 Jahre, 50 Jahre, 80 Jahre. Wenn ich das anders verwerte, habe ich vielleicht 10 Jahre, 5 Jahre oder nur ein paar Minuten. Das sind die Dinge, die auch mit rein müssen. Wir müssen das verstehen und wenn am 23. November 2011 in der Süddeutschen Zeitung steht, teurer Rohstoff aus dem Wald, Holzboom wie nie und viele wollen davon profitieren, dann ist dies nichts anderes als die Konkurrenz Pelletshersteller, Brennstoffe aus den Wäldern oder Papier, Zellstofffabriken usw. Das heißt, all dies muss natürlich gesehen werden und wir können doch nicht so tun, als ob das alles machbar wäre, gleichzeitig und vor allen Dingen in der gleichen Intensität. Hier müssen Vorrangschaltungen gemacht werden und deswegen sollte das EEG auch da sein.

Letzte Bemerkung zum Wald: Was hat, und da habe ich mir eine Frage dazu aufgeschrieben, was hat Papier mit Feuer gemeinsam?

Abholzung, ob das international ist oder national, wir haben Abholzung in der höchsten Form und wenn ich sage, unsere Wälder müssen geschützt werden, dann darf es nicht so gehen, wie es jetzt ist. Frischholz aus Reststoff. Schauen Sie mal rein in die EEG-Verordnung, wo wir wissen, dass Zellstofffabriken Vergütung für Stromeinspeisung in höchster Höhe gehabt haben. Dass sie da Geld wirklich verdienen für Dinge, die eigentlich dafür nicht da sind. Diese Geschichten gehören zu der Diskussion, damit wir sehen, man kann es nicht so eindimensional betreiben, wie wir das gerne gewohnt sind. Gibst du mir 3 % von da, dann kriegst du das. Wir werden das nicht haben können.

Was uns umtreibt oder mich umtreibt besonders, das sind eben die, die nach uns kommen. Wir sollten uns doch die Bilanzen anschauen. Die Bilanzen sind verheerend. Das, was sich heute abspielt, der Rhein führt kein Wasser, die Donau führt kein Wasser. Woher kommt denn das? Irgendwo muss es doch herkommen. Sogar diejenigen, die bisher gesagt haben, Klimawandel, der kommt nicht. Da habe ich gesagt, du hast Recht, der ist schon da. Das heißt, wir müssen dies in Kauf nehmen. Wir müssen endlich sehen, dass wir in die falsche Richtung marschieren und noch so große Symptombekämpfungsmaßnahmen werden uns nicht weiter helfen.

**Vorsitzende:** Danke schön. Dann SV Klaus Brunsmeier (BUND).

SV Klaus **Brunsmeier** (BUND): Vielen Dank Frau Vorsitzende. Ich schaffe das noch bis 13.00 Uhr, ich bin da sehr zuversichtlich.

Zunächst einmal die Frage von Abg. Dr. Matthias **Miersch** (SPD). Das ist natürlich genau das Spannungsfeld. Wir haben EU-Agrarpolitik und wir haben regionale Entwicklungen. Ich sage einmal, die Umweltpolitik auf Bundesebene steht dazwischen und das ist natürlich die spannende Frage, was kann man dort regeln und was muss man dort regeln? Ich sage dazu zunächst einmal und da greife ich das gerne nochmal auf, mit diesen regionalen Regelungen. In Nordrhein-Westfalen haben wir, die Zahlen muss ich einfach nochmal sagen, 2008 ungefähr 260 Hektar Maisanbau gehabt und 2011 ungefähr 270. Das ist eine Steigerung von weniger als 5 %. Jetzt können wir uns gerne nochmal darüber unterhalten, wie viel aus Energienutzung und aus Massentierhaltung in der Steigerung kommt. Ich denke, deswegen ist es ganz wichtig, dass wir hier „das Kind nicht mit dem Bade ausschütten“, wobei ich nicht in Abrede stellen möchte, dass es regional oder kommunal vor Ort zu ganz massiven Problemlagen kommen kann. Die müssen wir natürlich in den Fokus nehmen. Da sage ich nochmal, ich halte da die

Regionalsteuerung für einen wichtigen Aspekt. Da könnte auch in der Regionalsteuerung im Raumordnungsgesetz stehen, dass eben Energieerzeugungsanlagen ab einer bestimmten Megawattklasse im Regionalplan darzustellen sind. Dann habe ich nicht mehr das Problem Bürgermeister, sondern dann muss ich es im Regionalplan ändern, wenn ich eine solche Anlage bauen will und dann kann ich auch schauen, ob das in regionale Konzepte hineinpasst.

Sie haben mich nach konkreten Leitplanken gefragt. Ich sage einmal eine ganz einfache Leitplanke, die bei einer Fortschreibung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes eingezogen werden könnte. Dies wäre nämlich folgende: Wenn wir in der Anlage 2 reinschreiben - für alle von Ackerflächen gewonnen Einsatzstoffe der Einsatzstoffvergütung Klassen 1 und 2, ist nachzuweisen, dass auf den Gewinnungsflächen nach 2005 kein Grünland umgebrochen wurde. Ganz einfach. Ich habe auf das Flächenverzeichnis hingewiesen. Es liegt alles vor, d.h. wir könnten also mit einem Hinweis steuernd einwirkend, dass eben auf nicht Grünland umgebrochenen Flächen diese Energiepflanzen erzeugt werden. Das wäre z. B. so ein Vorschlag.

Dann geht das jetzt ein bisschen über in die Frage von Abg. Cornelia **Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Es sind aber auch Leitplanken, die wir im Grunde genommen vorschlagen, dass sie eingezogen werden könnten. Das eine ist z. B. Waldrestholz. Das nehme ich auch im Sauerland sehr stark wahr, dass inzwischen der Wald gefegt wird. Von der Wurzel bis zu den Ästen alles rausgekratzt wird. Da könnten wir reinschreiben: Waldrestholz ist aus der Einsatzstoffvergütungsklasse 1, Anlage 2 gänzlich zu streichen. Gleiches gilt dementsprechend für Abschnitt B von § 27 Absatz 2 Nr. 1. Das heißt, das könnten wir regeln, dass so etwas in Zukunft nicht mehr passiert, das wäre ein zweiter Vorschlag für eine solche Leitplanke.

Im Sinne von regionalen, lokalen Entwicklungen, also Energiewende von unten, das wäre der dritte Vorschlag, könnten wir auch vorschlagen: Die Vergütung von Wald und Waldrestholz für Anlagen über 5 Megawatt streichen. Dann hätten wir diese dezentralen Entwicklungen, die dort stärker gefördert werden als die Großanlagen, wo dann auch Import und andere Entwicklungen drohen. Das wären so drei Vorschläge für konkrete Leitplanken. Ich glaube, das wäre auch etwas, was die Umweltpolitiker jetzt in der Weiterentwicklung des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes, wo sie für zuständig sind, mit einbringen könnten.

Zu der zweiten Frage von Abg. Cornelia **Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) will ich auch

nochmal sehr deutlich sagen, Biodiversität nimmt in einem Landschaftsraum dadurch zu, dass das Zusammenspiel von Waldacker und Wiese in einem guten Verhältnis, mit einer guten Ausstattung der Landschaft steht. Im Wald ist es eben so, dass die Biodiversität nicht durch Nutzung, sondern durch zunehmendes Alter und durch zunehmende Ausbildung von ausgeprägten Beständen zunimmt. D.h. alte Wälder sind für die Biodiversität wesentlich wertvoller, als intensiv bearbeitete Wälder. Insofern sehen wir das hier ein bisschen kritisch, wenn gesagt wird, Schutz durch Nutzung im Wald.

Wir sind eher der Meinung, dass wir große Bereiche der Wälder aus der Nutzung herausnehmen müssten. Da ist 5 % das Minimum, das können aber auch gerne 10 % sein. Insbesondere in Nationalparks, damit hier diese Entwicklungen auch entsprechend vorangebracht werden können.

Sie hatten auch nach konkreten Vorschlägen gefragt, wie wir hier weiter vorankommen. Da geht es dann im Grunde genommen in Forst und im Wald um drei Fragen. Inwieweit entwickelt sich ein solcher Wald als CO<sub>2</sub>-Senke weiter? Was entnehme ich dem Wald und führe das der stofflichen Verwertung zu? Ich kann auch nur unterstützen, was SV Sebastian **Schönauer** (Bund Naturschutz in Bayern) gesagt hat. Und wie viel kann ich energetisch nutzen? Da wäre z. B. auch ein ganz konkreter Vorschlag, Abg. Cornelia **Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), dass man sagt, wir brauchen nachhaltige Waldbewirtschaftungspläne für staatliche Wälder, um Waldbestände auf einer bestimmten Größe, die genau diese Kennziffern sicherstellen, damit wir genau sehen können, ob diese Entwicklungen dort tatsächlich stattfinden. Das wären konkrete Vorschläge, wie wir in diesen Bereichen nachweisen können, dass die Entwicklungen in die richtige Richtung gehen. Dazu gehört ein anständiges Monitoring, ein zeitnahes Monitoring und damit auch ggf. Möglichkeiten da sind, nachzusteuern. Also, um es zusammenzufassen. Ich glaube, es gibt eine Menge Möglichkeiten nachzusteuern, aber meine dringende Bitte nochmal zum Schluss, „nicht das Kind mit dem Bade auszuschütten“. Vielen Dank.

**Vorsitzende:** Herzlichen Dank, an alle Sachverständigen für die Beantwortung, an alle Abgeordneten für die Fragen. Ich denke, dass Thema wird weiter diskutiert werden. Es ist jetzt kein Endpunkt dieser Debatte, sondern ich denke, wir werden dann noch einiges zu tun haben: Schauen, was ist daraus zu machen. Ich bedanke mich bei Ihnen, wünsche Ihnen einen schönen Nachhauseweg. Danke, dass Sie hier

waren und den Kolleginnen und Kollegen einen schönen Nachmittag.

**Schluss der Sitzung: 13.01 Uhr**

Eva Bulling-Schröter, MdB  
**Vorsitzende**